

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In den Ausgabestellen und Filialen monatl. 4.50 zl.
mit Zufallsgeld 4.80 zl. Bei Postbezug monatl. 5.30 zl.
vierteljährlich 16.16 zl. Unter Streifband in Polen monatl. 8 zl. Danzig
3 G. Deutschland 2.50 RM. — Einzel-Nr. 25 gr. Sonntags-Nr. 30 gr.
Bei höherer Gewalt (Betriebsförderung ic.) hat der Bezieher keinen Anspruch
auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.
Kurzus-Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die einseitige Millimeterzeile 15 gr. die einseitige
Reklamezeile 125 gr. Danzig 10 bzw. 80 Dz. Pf.
Deutschland 10 bzw. 70 Pf. übriges Ausland 100%, Aufschlag. — Bei Platz-
vorschrift u. schwierigem Satz 50%, Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen
schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 gr. — Für das Erreichen der An-
zeigen an bestimmten Tagen und Blättern wird keine Gewähr übernommen.
Postkodestunden: Posen 202157, Danzig 2528. Stettin 1847.

Nr. 263.

Bromberg, Mittwoch den 16. November 1932.

56. Jahrg.

Politik vom Tage.

Gömbös bei Mussolini.

Der neue ungarische Ministerpräsident General Gömbös, der nach Rom zu Besuch kam, wurde von Mussolini besonders feierlich empfangen. Der Sonderzug des Duce holte den Gast von der Grenze ab, und Mussolini ist, ein seltener Fall, persönlich zum Bahnhof gekommen, um seinen ungarischen Kollegen abzuholen.

Von allen ausländischen Besuchern halten die Ungarn in Rom zweifellos den Rekord. Graf Bethlen war ein oft gesehener Guest in der italienischen Hauptstadt. Es war von vornherein zu erwarten, daß auch der neue Ministerpräsident ebenso wie sein unmittelbarer Vorgänger Karolyi seine ersten Schritte nach Italien lenken wird. Auffallend war nur die Eile, mit der dies geschehen ist. Es war aber der Wunsch Mussolinis, Gömbös schon Mitte November und nicht erst, wie ursprünglich beabsichtigt, am Ende des Monats bei sich zu sehen.

Der Besuch Gömböss in Rom soll zunächst einmal ein Höflichkeitsbesuch sein. Nun, wir wissen alle sehr gut, wie es um solche "Höflichkeitsbesuche" bestellt zu sein pflegt. Die Zyniker wissen daher zu erzählen, daß der ungarische Ministerpräsident nicht nur politische Ziele verfolgt, was an sich naheliegend ist, sondern nach Rom in höchst prosaischer Absicht gekommen ist, um dort das ungarische Getreide und Vieh zu verkaufen.

Es mag sein, daß die Ungarn eine Linderung ihrer Agrarnot durch Italien erhoffen. Bezeichnend ist auf jeden Fall, daß diesmal wirtschaftspolitische Ziele im Mittelpunkt der ungarisch-italienischen Besprechungen stehen sollen. Politische Themen wollte man angeblich vermeiden, abgesehen allerdings von der Abrüstung. Es darf nicht außeracht gelassen werden, daß die diesmalige Romreise des ungarischen Ministerpräsidenten unter den veränderten politischen Verhältnissen erfolgt ist. Frankreich hat erst vor kurzem einen großangelegten Versuch unternommen, seine Beziehungen zu Italien zu vereinigen. Man verfolgt daher in Paris mit besonderer Aufmerksamkeit den Gang der Unterhaltungen zwischen Mussolini und Gömbös. Gehört doch Ungarn bekanntlich zu den Ländern italienischer Orientierung. Es ist ein offenes Geheimnis, daß Ungarn neuerdings auch in Frankreich gut behandelt wird. Auf jeden Fall ist in Rom während des Besuches Gömböss nichts geschehen, was Frankreich irgendwie brüskieren könnte.

Hoovers neue Taktik.

Präsident Hoover, der laut Verfassung bis zum 4. März im Amt bleibt, hat seinen siegreichen Gegner ins Weiße Haus gebeten. Er will sich mit ihm aussprechen. Er will ihn vor allen Dingen bei der Behandlung der französischen und englischen Schuldenfrage zur Mitarbeit — und zur Mitverantwortung — hinzuziehen. Herbert Hoover handelt sehr loyal, wenn er Roosevelt zu sich bittet. Es ist gut zu verstehen, daß er sich nicht berechtigt fühlt, eine Entscheidung zu treffen, deren Folgen Roosevelt zu tragen haben würde. Andererseits aber enthält Hoovers Einladung an Roosevelt auch ein hohes Maß an kluger Berechnung. Hoover will sich durch seine Ritterlichkeit einen guten Abgang schaffen, zugleich will er seinen Gegner so schnell wie möglich politisch kompromittieren und zerstören. Die Schuldenfrage ist eine der heikelsten und kompliziertesten, dazu verantwortungsvollsten Probleme der Weltpolitik. Möge Roosevelt gleich mit der Behandlung dieses Problems beginnen und seine Kunst zeigen.

Hoover soll die Absicht haben, dem neu gewählten Präsidenten seine Mitarbeit und die seiner Partei nach dem 4. März zur Verfügung zu stellen. Er soll angeblich bereit sein, eine Art Koalitionsregierung zu bilden. Dies wäre ein vollkommener Bruch mit der bisherigen amerikanischen Tradition. Der Sinn dieses Manövers wäre, mindestens einen Teil der Posten für die Republikaner zu retten und das Hinschwenken der Republikaner in das Lager der siegreichen Demokraten zu verhindern. Roosevelt wird kaum auf dieses Angebot eingehen. Dagegen wird er kaum imstande sein, Hoovers Einladung abzuschlagen und sich von den Beratungen über das Schuldenproblem zurückzuziehen. Auf jeden Fall darf man auf die Begegnung Roosevelt-Hoover recht gespannt sein.

Keine Verständigung Russland — Rumänien.

Russland und Rumänien pflegen zwar keine regelmäßigen diplomatischen Beziehungen, wohl aber führen sie diplomatische Verhandlungen miteinander. Diese Verhandlungen bezwecken den Abschluß eines Nichtangriffspaktes, wie er bereits zwischen Russland und Polen paraphiert worden und zwischen Russland und Frankreich im Entstehen begriffen ist. Bisher haben diese Verhandlungen zwischen Bukarest und Moskau zu keinem Ergebnis geführt. Neuerdings, nach dem Amtsantritt Titulescu, fand ein neuer Notenwechsel statt, dem ein bis auf weiteres endgültiger Misserfolg beschieden war. Eine Verständigung zwischen Russland und Rumänien ist abermals nicht erzielt worden. Russland ist nicht in der Lage, auf das von den Rumänen besetzte Bessarabien zu verzichten, und Rumänien sieht sich außerstande, Bessarabien als ein Niemandsland behandeln zu lassen.

Ein russisch-rumänischer Nichtangriffspakt kommt also, zumindest in allernächster Zeit, nicht zustande. Es fragt sich nun, was Frankreich und Polen unternehmen werden. Sie

haben sich seinerzeit Rumänien gegenüber verpflichtet, keine separaten Nichtangriffspakte mit Russland abzuschließen. Neuerdings hat aber Paris, ebenso wie Warschau, keinen Zweifel darüber gelassen, daß man mit dem Abschluß des Nichtangriffspaktes nicht länger zu warten gewillt sei. Rumänien steht also vor der Gefahr einer Isolation. Oder werden Frankreich und Polen es sich doch anders überlegen? Dies ist ein Problem von allgemein europäischer, wenn

nicht gar weltgeschichtlicher Bedeutung. Der Wert des Nichtangriffspaktes soll nicht überschätzt werden, aber ein solcher Pakt ist immerhin erheblich mehr als nichts. Moskau wird jedenfalls auf den Abschluß der Verhandlungen in Paris und Warschau drängen. Die Französische und die Polnische Regierung stehen vor einer schwierigen Entscheidung.

Russisch-japanischer Nichtangriffspakt?

Asien steht vor den Grenzen des Abendlandes.

In Bestätigung verschiedener Meldungen der letzten Zeit, in denen versichert wurde, daß an einen sowjetrussisch-japanischen Krieg in der Mandchurie nicht mehr zu denken sei, veröffentlicht der Krakauer "Ilustrowany Kurjer Codzienny" in seiner Dienstag-Ausgabe (Nr. 317) vom 15. November einen längeren Artikel, in welchem schon von einem russisch-japanischen Nichtangriffspakt die Rede ist. Wir lesen in dem Aufsatz u. a. was folgt:

Nach den letzten aus dem Fernen Osten vorliegenden Meldungen wird es statt eines Krieges zwischen den Sowjets und Japan zu einem Nichtangriffspakt zwischen diesen beiden Mächten kommen, der überdies von einer Reihe von für beide Teile sehr wichtigen territorialen und wirtschaftlichen Abkommen begleitet sein soll. Der japanische Gesandte in Moskau Hoki Harata, der gegenwärtig in Tokio weilt, und der dortige sowjetrussische Gesandte Trojanowski haben bereits offizielle Verhandlungen über den Abschluß eines auf Gegen seitigkeit beruhenden Nichtangriffspaktes begonnen. Die Schlussverhandlungen über dieses Thema sind für Dezember vorgesehen; in diesem Monat wird in dieser An gelegenheit das Mitglied des Außenkommissariats Karachan höchstpersönlich nach Tokio abreisen.

Außerdem Nichtangriffspakt sollen eine Reihe von wirtschaftlichen und territorialen Abkommen abgeschlossen werden. So sollen die Sowjets bereit sein, den Japanern das Recht zur Ausbeutung der Naphthalager im Nordteil der Halbinsel Kamtschatka und der dortigen riesigen Wälder abzutreten. Außerdem erhält Japan das Recht des ausschließlichen Fischfangs in einem bedeutenden Teil der russischen Gewässer. Formell wird die "unabhängige" Mandchurie, in Wirklichkeit aber Japan von der sowjetrussischen Regierung gegen bar die ganze ostchinesische Eisenbahn abkaufen, wobei gleichzeitig den sowjetrussischen Transporten auf dieser Eisenbahn eine Reihe von besonderen Erleichterungen und Privilegien auferkannt wird.

Zwischen den Sowjets und der Mandchurie wird ein neues Grenzabkommen abgeschlossen werden, durch das die gemeinsame Grenze genauer als bisher festgelegt wird. Japan wird den Sowjets Maschinen und verschiedene technische Einrichtungen liefern, die zur Ausführung des industriellen Fünf-Jahres-Plans in Sibirien notwendig sind.

Die Verhandlungen in allen diesen Fragen sind offenbar schon weit vorgeschritten; denn der japanische Delegierte für den Völkerbund Matsuoaka ist absichtlich über Moskau nach Genf gereist, um in der Roten Hauptstadt einige Tage zur Feststellung des gemeinsamen Vorgehens Russlands und Japans in der mandchurischen Frage und gegenüber dem Ytton-Bericht zu verweilen. Japan ist bereit, den Sowjets sehr bedeutende politische und wirtschaftliche Zugeständnisse nur dafür zu machen, daß die Herren vom Kreml die offizielle Anerkennung der unabhängigen Mandchurie noch vor der Session des Völkerbundsrats veröffentlichen, die sich bekanntlich mit dem Ytton-Bericht beschäftigen soll. In diesem Falle würde Matsuoaka im Völkerbundrat den Antrag stellen, ausnahmsweise die sowjetrussische Delegation zur Teilnahme an den Beratungen über die Mandchurische Frage einzuladen, da Russland der größte direkte Nachbar der Mandchurie sei und naturgemäß in dieser Frage am meisten zu sagen hätte.

So sensationell stellt sich die gegenwärtige Phase des mandchurischen Problems und der japanisch-sowjetrussischen Beziehungen dar. Diese sind heute mehr als zu irgend einer früheren Zeit entfernt von kriegerischen Verwicklungen. Die plötzliche Wendung, die sich in den sowjetrussisch-japanischen Beziehungen vollzogen hat, kann und muß man sich vor allem mit der

Haltung der Vereinigten Staaten gegenüber Sowjetrußland

erklären. Zu Beginn der mandchurischen Affäre gab die Moskauer Politik in der logischen Voraussicht, daß das Washingtoner Kabinett in einer mehr oder minder energischen Art der japanischen Expansion in China ein Ziel sehen werde, Washington klar zu verstehen, daß die Sowjet für einen gewissen Preis bereit wären, an der Seite Amerikas die Rolle eines mehr oder minder hervorragenden Sekundanten zu spielen. Dieser Preis war vor allem die Anerkennung der Sowjetregierung durch

Washington "de jure" und die Gewährung bedeutender Waren- und finanzieller Kredite. Doch diese auf der Moskauer Flagge ausgehängten Verständigungssignale wurden von Washington ignoriert. Inzwischen kam die Konferenz von Ottawa und die endgültige Wendung Englands in der Richtung der Protektionswirtschaft und der Abhängigkeit seiner Handelspolitik von den Zielen und der Existenzberechtigung der Dominions. Um Kanada für sich zu gewinnen,

hinderte London das Handelsabkommen mit Moskau und schloß seinen Markt vor allem für sowjetrussisches Holz.

Da sich Washington den Sowjets gegenüber abwartend und zweideutig verhielt, London aber in der letzten Zeit auf die Position der absoluten Verneinung des sowjetrussischen Handels aus dem Jahre 1927 zurückzukehren begann, hat Moskau augencheinlich die Geduld verloren und beschlossen, seine Gefühle der Gegenseite, d. h. Japan zu verlaufen, welches jetzt, um den für sich ungünstigen Ytton-Rapport im Völkerbund zurückzuweisen, Bündesgenossen sucht und bereit ist, verhältnismäßig viel für ein solches Bündnis zu bezahlen.

Die zwischen Moskau und Tokio schwedenden Verhandlungen bewegen sich (wie oben betont) nicht auf dem schmalen Steg irgend einer einzigen Frage, sondern sie umfassen gleichzeitig einen breiten Komplex von wirtschaftlichen und politischen Fragen. So wäre z. B. die Abtreterung von Kamtschatka auf der sowjetrussischen nördlichen Hälfte der Halbinsel gehört bereits den Japanern — D. R. ein ausgesprochen amerikafeindlicher Akt. Der Verlauf der ostchinesischen Eisenbahn an die Mandchurische Regierung wäre für Washington ebenfalls eine sehr peinliche Überraschung. Indessen:

die Politik Washingtons ist gegenwärtig derart lahmgelegt, daß sie keine peinlichen Überraschungen verhindern kann.

Bis zum 8. November dauerte die Wahlkampagne. Hoover wird, bei den Wahlen geschlagen, nach der Verfassung bis zum 4. März des kommenden Jahres am Staatsruder bleiben; denn nur immer an diesem Tage wird im Weißen Hause der Mietz-Wechsel vollzogen. Die Verfassung beschränkt zwar nicht die Macht des zurücktretenden Präsidenten bis zur letzten Stunde seiner Amtierung, so daß Hoover in der asiatischen Frage eine große Energie entwickeln könnte, wenn er überhaupt den Nachweis liefert hätte, daß er genügende Durchschlagskraft und den Mut besitzt, um in einer so wichtigen Materie mit einer entsprechenden fähigen Initiative hervortreten zu können. Es ist nicht allein nicht ausgeschlossen, sondern im Gegenteil scheint es sehr wahrscheinlich zu sein,

dass es Moskau vorziehen würde, mit Washington gegen Tokio zu gehen,

als umgekehrt, daß es also bis zum letzten Augenblick für Washington zu kaufen sein dürfte. Aber die Wirtschaftskrisis hat auf die amerikanische Politik gewirkt wie ein Faustschlag ins Gesicht. Dieser plötzliche Sturz aus der Höhe der Finanzdiktatur der Welt in die Tiefe des direkten Bankrotts hat die amerikanischen Politiker so verstimmt, daß sie in diesem Augenblick ein trauriges Bild der Apathie und Ratlosigkeit darstellen. Alles spricht also dafür, daß Moskau entsprechende Signale aus Washington nicht erleben und notgedrungen mit Japan zusammenzugehen muss. Für die weitere Entwicklung der Weltpolitik dürfte diese Entwicklung von historischer Bedeutung sein;

denn der Beitritt Sowjetrußlands zur asiatischen Politik, die sich gegen die Vereinigten Staaten von Nordamerika und gegen Europa wendet, dieser Panasiatismus, der bis jetzt lediglich eine literarische Idee ist, würde zu einer realeren und für viele peinlichen und empfindlichen politischen Wirklichkeit werden.

Japanisch-chinesische Friedensverhandlungen.

Moskau, 15. November. (PAT) Auf der Station Matsjenskaja in der Nähe der Stadt Tschita (auf sowjetrussischem Gebiet) haben Friedensverhandlungen zwischen den japanisch-mandschurischen Delegierten und dem Führer der chinesischen Aufständischen, General Su - Bin - Wen, begonnen. Die Verhandlungen haben zum Ziel, die Kriegshandlungen einzustellen und die von den Chinesen verhafteten japanischen Staatsangehörigen auf freien Fuß zu setzen. Auf die Bitte der Japanischen Regie-

zung hat die Sowjetregierung die Genehmigung erteilt, diese Verhandlungen auf dem Gebiet der Sowjetunion zu führen.

Sowjet-Russland — die Weltgefahr!

So urteilt ein führender Engländer.

Schon in dem vorhergehenden Aufsatz des Kranauer "Kurier" wird darauf hingewiesen, daß die Sowjets durch die Politik der Angelsachsen nach Asien abgedrängt und in die Arme der Japaner getrieben werden. Die vertriebenen Staaten von Amerika blieben und bleiben ohne Initiative, um die frühere russisch-japanische Spannung zum offenen Konflikt aufzubrechen zu lassen. Im Gegenteil: die Amerikaner werden außenpolitisch stark im Schlepptraktus Englands gehalten, wo die sowjetfeindliche Stimmung nach der Konferenz von Ottawa stark zunimmt.

Als neuen Beleg für die Verschlechterung der Atmosphäre zwischen London und Moskau, für die auch die Rückbildung des gegenwärtigen Handelsvertrages durch die Engländer nicht so ganz ohne Einfluss ist, wie das im Foreign Office behauptet wird, zitieren wir im folgenden aus einem Gespräch, das der frühere britische Vizeadmiral G. A. Taylor, ein Mitglied des Unterhauses, soeben dem Londoner Vertreter des "Neuen Wiener Journals" gewährte. Der britische Seemann und Politiker entwickelte zunächst folgende Gedankengänge:

"Solange die Gefahr des Kommunismus unsere Handlungen einengt und den versuchten Wiederaufbau der Wirtschaft zu vereiteln trachtet, können wir nicht damit rechnen, den Karren aus dem Morast zu ziehen. Es ist schwer, ein ganzes System umzustellen, ohne den Staat seiner wichtigsten Stützen — wenigstens zeitweise — zu berauben. Schon vor zwei Jahren hätte sich der damaligen Regierung die Gelegenheit geboten, das Angebot der Dominions zu engerer Zusammenarbeit anzunehmen. Wären die Entscheidungen von Ottawa zu jener Zeit gefallen, würde die Welt heute vielleicht eine weniger tragische Periode durchzukämpfen haben, deren Dauer kaum abzusehen ist.

Was für 1930 ausreichend gewesen wäre, ist für heute zu wenig.

Die Krankheit ist schon zu weit vorgeschritten, um durch halbe Kuren geheilt werden zu können. Obgleich Verfechter der internationalen Freihandelsidee, bin ich eifriger Vorkämpfer des Protektionismus. Das scheinbare Paradoxon erklärt sich aus der gegenwärtigen Situation, die nicht durch untätigtes Abwarten verbessert werden kann. Man muß handeln. England hat lange Jahre hindurch versucht, die Nationen von der Unstimmigkeit der hohen Böllmäuer zu überzeugen. Man hat taubes Ohren gepredigt, und Europa hat nur noch höher wirtschaftlich aufgerüstet. Dieser Antwort mußte man eine Defensivmaßnahme entgegenstellen. Ich glaube, daß die bisher eingeführten Zölle nicht ausreichen, um unsere notleidende Landwirtschaft von ihren Lebenssorgen zu befreien.

Der Admiral fuhr dann fort:

"Ich verfechte seit meinem Eintritt ins Unterhaus mit allen mir zu Gebote stehenden Mitteln den

Abbruch der wirtschaftlichen und diplomatischen Beziehungen zu Russland.

Es ist heute sinnlos, mit den Sowjets zu verhandeln, da sie keine Vertragspartner darstellen, auf deren Wort man rechnen kann.

Mit jedem Vorschub, den man Russland leistet, sei es in Form von Krediten oder in Form von Bestellungen für ihre in Zwangslage gesetzten Produkte, richtet man sein eigenes Land zugrunde.

Es ist durch Tatsachen erwiesen, daß die Russische Regierung Waren exportiert und zu Schleuderpreisen auf dem Weltmarkt anbietet, die der Bevölkerung des von den Sowjets geknechteten Reiches entzogen worden sind. Die Lebensmittel, die den Russen abgehen, werden auf den europäischen Märkten in riesigen Mengen abgesetzt. Die heimische Holzindustrie der meisten Länder steht vor dem Zusammenbruch, weil das russische Holz alle normalen Preise willkürlich unterbietet, obwohl die Bauern Sibiriens nicht genug Holz zum Heizen ihrer Hütten haben und die Bewohner der Städte frieren.

Russland muß gezwungen werden, sich dem moralischen Standard der zivilisierten Welt anzugeleichen und die Freiheit des Individuums vollkommen anzuerkennen. Solange sich die Sowjets diesen Bedingungen nicht fügen wollen, ist die Fortführung eines normalen Verkehrs ausgeschlossen.

Mit dem Erlös der von uns gekauften Waren führt Moskau eine mörderische Propaganda gegen unsere Gesellschaftsordnung, und jeder, der sich mit Russland in wirtschaftliche Transaktionen einläßt, legt damit Hand an sich selbst. Es ist reiner Selbstmord für jedes Land, den Ursprung des russischen Dumpings weiterhin zu dulden.

Ein rechtlich und wirtschaftlich denkender Mensch kann nicht zugeben, daß Millionen Menschen einer ausgezungenen Idee dienen müssen, daß sie in harter Form an der Zerstörung eines Systems mitarbeiten müssen, das die einzige Möglichkeit bietet, der Depression und ihren zerstörenden Folgen zu entrinnen. Der Kapitalismus muß geschlachtet werden. Man muß alle Hindernisse aus dem Wege räumen, die seine normale Entwicklung hemmen, und alle Gefahren beseitigen, die ihm drohen, um die Menschheit nicht in ein hoffnungsloses Chaos zu drängen.

Von links droht der Zusammenbruch. Die radikalsten und auch die mildesten gesunkenen Elemente des Marxismus wollen zerstören, ohne die Fähigkeit zu besitzen, neu aufzubauen zu können. Man muß ihrem Streben mit den gleichen rücksichtslosen Mitteln begegnen, die sie anwenden, um die kapitalistische Ordnung zu stürzen. Moskau ist der Exponent der Gefahr, die nur durch einmütiges Handeln aller an der rechten Front vereinigten Kräfte zurückgewiesen werden kann.

Die Fortsetzung der Russlandgeschäfte ist gleichbedeutend mit der Negbereitung für den Bolschewismus.

Wir können die Sowjets nicht besiegen, indem wir uns ihren Forderungen fügen. Die lächerliche Schwäche der

halblinks gerichteten Regierungen hat die Gefahr schon weit genug gediehen lassen. Fest darf man keine Zeit versäumen und muß rasch und energisch alle Kampffähigen zusammenrufen, um eine Blockade zu errichten, die Russland zur Einstellung seiner zerstörenden Propaganda in den meisten Ländern veranlassen würde und auch dem Dumping ein Ende machen könnte, das eine schwere Bedrohung für den Bestand unserer eigenen Industrien darstellt. Internationaler die Basis für diese Gegenaktion gegen die die ganze Welt umspannende russische Propaganda ist, desto sicherer wird der Erfolg der Bemühungen sein."

Graf Szembek auf Reisen.

Ganz unerwartet ist der neuernannte polnische Stellvertretende Außenminister Graf Szembek am Freitag nach Paris gereist. Die Nachricht von dieser Reise wurde erst am Sonntag bekanntgegeben, als Graf Szembek bereits in Paris war. Dort hatte er, der polnischen Presse aufsicht, eine Konferenz mit Herrriot, an der auch der polnische Pariser Botschafter von Chłapowski teilnahm. Sofort nach der Konferenz verließ Graf Szembek Paris und kehrte nach London.

Diese Reise sieht, wie man annimmt, im Zusammenhang mit den letzten Änderungen im Außenministerium und auch mit der Rede des englischen Außenministers Sir John Simon, der angeblich einen zweiten Locarno angeregt haben soll. In Warschauer Kreisen steht man diesem Vorschlag ziemlich pessimistisch gegenüber, da er außer den bereits vereinbarten Garantien, wie Völkerbund, Locarno-Pakt und Kellogg-Pakt keine neuen Sicherheiten und Verpflichtungen aufweise.

Gesandter Wysocki in Warschau.

Der polnische Gesandte in Berlin Alfred Wysocki hat sich in dienstlichen Angelegenheiten nach Warschau begaben, wo er mit dem Außenminister Beck konferiert hat. Bei dieser Gelegenheit sollen rein politische, die deutsch-polnischen Beziehungen betreffenden Fragen, sowie Personalfragen erörtert worden sein. Im Zusammenhang damit verlautet, daß in der nächsten Zeit große Veränderungen im polnischen auswärtigen Dienst vorgenommen werden sollen, die auch Berlin betreffen.

Der französische Abrüstungsplan.

gestern (Montag) abend hat der französische Vertreter beim Völkerbund dem Präsidenten der Abrüstungskonferenz Henderson den "konstruktiven Plan" übergeben. Der Plan besteht aus einer Einleitung und fünf Kapiteln. Aus einem offiziellen Auszug gibt das "Berl. Tagebl." aus dem Abschnitt des 2. Paragraphen die Stellen auszugsweise wieder, die sich auf die deutsche Forderung der Gleichberechtigung beziehen. Dieser Abschnitt beginnt mit einer Erwähnung der Schwierigkeiten, welche die Unterscheidung von Angriffs- und Verteidigungswaffen gemacht haben. Dann heißt es weiter:

Frankreich schlägt eine Gesamtlösung vor, welche durch Staffelung die Form einer militärischen Organisation anstrebt, durch ihre Anpassung an die politischen und technischen Besonderheiten jedes in Betracht kommenden Gebietes eine Angriffspolitik erschweren kann. Nur durch diese Methode glauben wir eine gerechte Lösung der deutschen Gleichberechtigungsforderung finden zu können, nämlich durch die fortschreitende Angleichung der militärischen Systeme an einen gemeinsamen Verteidigungstyp und durch eine gleichmäßige Beteiligung an den Lasten und Vorteilen der vom Pakt vorgeesehenen gemeinsamen Aktionen, bei der jeder Gedanke an Aufrüstung ausgeschlossen sein soll.

Aus dem übrigen Inhalt des Resumes erwähnt das Blatt noch, daß jetzt von dem System einer "Organisation für Sicherheit und Rüstungsbegrenzung" gesprochen wird, nicht mehr wie früher, von der "Organisation des Friedens in Sicherheit". Die Sicherheit ist nicht bloß dem Sinn nach, sondern auch formell an die erste Stelle gerückt.

Niederlage der Französlinge im Saargebiet.

Am Sonntag fanden im Saargebiet die Kommunal- und Kreiswahl statt, die zum Teil sehr unterschiedliche Beteiligungsziffern — sie schwanken zwischen 60 und 80 Prozent — aufweisen. Im ganzen sind in 364 Gemeinden 4301 Gemeindevertreter und in sieben Kreisen 205 Kreistagsabgeordnete gewählt worden. Wesentliche Verschiebungen seit den Reichstagswahlen sind nicht eingetreten.

Bei diesen Wahlen ist zum ersten Male wieder der sogenannte "Saarbund", eine von französischer Seite ins Leben gerufene Organisation, in Erscheinung getreten, wobei dieser "Saarbund", um seinen wahren Charakter zu verborgen, unter dem Namen einer "Unabhängigen Arbeiter- und Bürgerpartei" austrat. Die von dieser "Partei" erzeugten Stimmen machen noch nicht ganz ein Prozent der Wählerschaft aus. In den Kreisen und in 339 Gemeinden hat die "Unabhängige Arbeiter- und Bürgerpartei" überhaupt keinen Vertreter erhalten. Trotz grösster Anstrengungen ist es ihr lediglich in sieben Gemeinden gelungen, je einen Bewerber durchzubringen. Der Versuch, dieser von den Franzosen herangezüchteten separatistischen Bewegung politische Geltung zu verschaffen, ist also trotz aller Druck- und Lockmittel flächig gescheitert. Das hervorragende Merkmal der Wahl am Sonntag ist die Niederlage dieser Partei, die zwar erwartet worden war, aber noch einmal die Aufmerksamkeit auf die machtvolle nationale Geschlossenheit der Saarbevölkerung hinlenkt. Nach diesem Ergebnis kann man sich schon heute ein sehr deutliches Bild davon machen, wie die Volksabstimmung, die im Jahre 1935 über die Rückgliederung des Saargebietes an das Deutsche Reich entscheiden soll, ungefähr ausfallen wird.

Preußischer Landtag am 24. November.

Der preußische Landtag ist vom Präsidenten Kerrl für den 24. November einberufen worden. Die Tagesordnung wird noch nicht bekanntgegeben. Man rechnet jedoch damit, daß sich der Landtag noch in diesem Monat mit der Frage der Wahl des preußischen Ministerpräsidenten beschäftigen wird.

Der Sozialdemokrat Doebe will mit den Kommunisten zusammenarbeiten.

Wien, 14. November. (Eigene Drahtmeldung) Am Sonntag hielt der frühere Reichstagspräsident Doebe auf dem Parteitag der österreichischen Sozialdemokraten eine Rede, in der er für eine Zusammenarbeit in Deutschland mit den Kommunisten eintrat.

Das Einsturzunglüx in Warschau.

Warschau, 14. November. (Eigene Meldung) Zu dem entsetzlichen Einsturzglück, das sich am Sonntag in Warschau ereignet hat, wird mitgeteilt, daß die Zahl der Opfer sich auf 21 erhöht hat. Sämtliche Opfer der Katastrophe gehören der ärmlsten Bevölkerungsschicht an.

Die Rettungsarbeiten konnten sofort nach der Katastrophe dank dem Umstande eingeleitet werden, daß sich das 7. Polizei-Kommissariat gegenüber der Unglücksstätte befindet. Kommissar Schneider hat unverzüglich die Mannschaft seines Kommissariats, die Polizeireserve und die Schüler der Polizeischule mobilisiert. Bald darauf traf die Feuerwehr ein, welche zusammen mit den Polizisten mit fieberhafter Eile die Rettungsarbeiten begann. Man förderte zuerst Leichen zutage, deren Ausssehen schaudererregernd war; alle Gesichter hatten den Ausdruck starren Entsetzens.

Die Schwerverletzten wurden unverzüglich in das Heilig-Geist-Hospital überführt, während die Toten im Hofe des Polizeikommissariats niedergelegt und dann von den städtischen Sanitätswagen abgeholt wurden.

Die Nachricht von der entsetzlichen Katastrophe hat auf die gesamte Bevölkerung Warschau einen erschütternden Eindruck gemacht. Eine Baufatastrophe, der so viele Menschenleben zum Opfer gefallen sind, ist seit unendlichen Zeiten in der Geschichte Warschaus noch nicht verzeichnet worden. Die Öffentlichkeit wartet mit grösster Spannung auf die behördliche Feststellung der Ursachen des Unglücks.

Am Montag Vormittag hat sich eine besondere Gerichtskommission, bestehend aus dem stellvertretenden Staatsanwalt Wolinski und dem Untersuchungsrichter Szewodowski zur Unglücksstätte begeben. Gleichzeitig sind Vertreter der städtischen Bauinspektion erschienen. Diese Behörden werden zusammen mit einer Sachverständigenkommission, die sich aus Professoren der Technischen Hochschule, der landwirtschaftlichen Hochschule zusammensetzt, die genaue Prüfung der Ursachen der Katastrophe vornehmen.

Im Mittelpunkt des Interesses der öffentlichen Meinung steht die Frage, wer für die gräßliche Katastrophe die Verantwortung trägt. Von verschiedener Seite wird mit Entschiedenheit darauf hingewiesen, daß die Außenwand des Brauereigebäudes im Verhältnis zur Höhe zu schwach war, um der ungeheuren Menge des eingelagerten Getreides standzuhalten zu können. In dem Speicher befanden sich nämlich nicht weniger als 900 Tonnen Gerste.

Am Montag wurden die leidenden Direktoren der Brauerei Oppenheim und Czarkowski vernommen. Es werden auch die mit der Leitung des Speichers betrauten Personen verhört werden.

Wie der "Węzły Warszawski" mitteilt, wird als Ursache der Katastrophe die fehlerhafte Konstruktion der Giebelwand des Brauereigebäudes angesehen. Es sei nämlich festgestellt worden, daß bei der Konstruktion dieser Wand ein Grundfehler begangen wurde. Dieser Wand mangelt nämlich die sog. Gleichtiefe. Es erscheine geradezu als rätselhaft, warum diese Wand nicht schon lange vorher eingestürzt war. Bedenfalls sei eine Katastrophe früher oder später unvermeidlich gewesen.

Die offiziellen Ergebnisse der Untersuchung der von der Behörde eingefesteten Kommission werden erst nach einigen Tagen bekannt gegeben werden.

Neuer Hungermarsch in Amerika.

New York, 15. November. (Eigene Drahtmeldung) Von Chicago aus hat am Montag ein neuer kommunistischer Hungermarsch der Erwerbslosen nach Washington begonnen. Die Teilnehmer wollen beim Kongress vorstellig werden, damit dieser jedem Erwerbslosen eine einmalige Unterstützung für den Winter von 50 Dollar bewillige. Der kommunistische Sekretär des Landesausschusses der amerikanischen Arbeitslosenräte Herbert Benjamin hat angekündigt, daß sich weitere Hungermärsche aus San Francisco und anderen Städten nach Washington in Bewegung setzen werden.

Ein Tsunami zerstört 3000 Häuser.

Wahrscheinlich gegen 1000 Tote.

Tokio, 15. November. (Eigene Drahtmeldung) Von Japan ist von einer so gewaltigen Naturkatastrophe berichtet worden, wie sie dieses von Unglücksfällen häufig betroffene Land nur selten zu verzeichnen hat. Ein Tsunami von ungeheurer Kraft verwüstete mehrere japanische Ortschaften. Man schätzt die Zahl der zerstörten Häuser auf 3000. Die Zahl der Toten wird mit 1000 angenommen.

Genaue Feststellungen liegen noch nicht vor, da jede Verbindung zwischen Tokio und der Küste unterbrochen ist. Das östlich von Schizuoka liegende Dorf Kashiwara wurde durch einen Brand, der durch den Wirbelsturm verursacht wurde, vollkommen zerstört. Auch in Numazu sind 500 Häuser durch Feuer vernichtet worden. Tokio wurde durch den Sturm teilweise in Dunkel gehüllt. Biele Eisenbahlinien, wie die von Tokio nach Osaka sind unterbrochen.

Wasserstandsnachrichten.

Wasserstand der Weichsel vom 15. November 1932.

Kralau - 2,89, Jawischow + 0,94, Warthau + 1,04, Bielitz + 0,92, Thorn + 0,99, Tordom + 1,02, Culm + 0,91, Graudenz + 1,14, Kurzefal + 1,35, Bielitz + 0,60, Drischau + 0,58, Einlage + 2,00, Schiewenhorst + 2,20.

Berlangen Sie überall

auf der Reise, im Hotel, im Restaurant,

im Café und auf den Bahnhöfen die

Deutsche Rundschau.

Uebermorgen

beginnt die 1. reiche Ziehung der 26. Staats-Lotterie.
beginnt der Karneval der Millionen.

stellt sich jeder Besitzer eines Loses an die Glücksurte um das Glück.

verwirklichen sich die Träume aller derer, die mit starkem Willen und festen Glauben an den Sieg mit dem Los in der Hand zum Wettstreit um die Millionen antreten.

Am 17., 18., 19., 21. und 22. November d. Js.
beginnt die erste reiche Ziehung der **26. Staatslotterie**, deren Gewinne **24.000.000 Złoty**

betrugen mit dem Haupigewinn

von 1.000.000 Złoty

Preis des 1/4 Loses nur 10.— zł. Es muss sich deshalb morgen in jedem Hause, jeder Wohnung, überhaupt bei jedem, der um sein und seiner Familienmitglieder Wohl besorgt ist, ein in der glücklichsten Kollektur

Uśmiech Fortuny
Bydgoszcz, Pomorska 1, Tel. 39,
gekanftes Los befinden, denn nur hier
hat das Glück seinen Sitz. 9033

Zum Totenfest empfiehlt
Kränze, Sträuße, Kreuze u.
zu bestimmt billigen Preisen 8943
S. Wekler, Blumen-Gesch. Dluga 7/41
Telef. 1013.

Dabbilder
6 Stück sofort mit- **175**
FOTO-ATELIER 6944
nur Gdanska 27 Tel. 120

Zum Totenfest!
Kränze, Kreuze und Sträuße
in bester Ausführung zu billigsten Preisen.
Moossachen, sehr gut gearbeitet, v. 2 zl an.
Mohr, Neuer evgl. Friedhof. 1274

Anzüge gratis
liefern wir nicht, fordern Sie
Zusendung des illustrierten Kata-
log Nr. 40 und die Art des Ma-
nagements von eleganter Herren-
Garderobe neuester Fassons.

Fa. „Lupka“, Łódź, oddz. 100,
Andrzeja 24, Skrzynka 556. 8854

Sensationelle praktische Neuheit!
Ondulationskamm
der doppelwellige Ondulation erzeugt

GRZEBIEN ONDULACYJNY
Geschnitten

Onduliert kurzes u. langes Haar ohne Brennschere, Nadeln oder sonstige Hilfsmittel nur auf natürlichem Wege, durch gewöhnliches Kämmen. Solide und dauerhaft hält er jahrelang. Unentbehrlich für Damen und Herren. Sie sparen Ausgaben für den Friseur u. haben doch stets schön onduliertes Haar. Versand per Nachnahme. Wir bitten sofort zu bestellen.

KADEWU
Łódź 8855
Skrz. poczt. 405,
Oddział 100.

Zwecks Einführung geben wir 10000 Ondulations-
kämme zum Reklamepreis von **2,00 zł**
pro Stück ab.

Frühbeetfenster
in allen Größen, roh, imprägniert oder gestrichen

Rahmen 150×100, u. 156×94, 3 Sprossen
roh 3—zl à Stück. Vergläjt, imprägniert oder
gestrichen 9.50 zl, mit Windene 10.—zl.

Treibhausproszen à laufende mtr 0.40 zl.
imprägniert oder gestrichen 0.45 zl.

Gartenglas verschiedene Größen, 1 Riste
zu 20 m à 3—zl, kleinere Posten a 3.50 zl.
Glaserlf 1a à klg 0.70 zl.

Frei Verpackung und Bahnhof.
A. Heyer, Fabryka Okien Inspektorow,
Grudziadz, Chełmińska 38. Tel. 486. 8733

Stopp! bei uns am billigsten!

Gratis-Schreckschiff U.P.N.
2341 ohne Erlaubnis). 150
Patronen versenden wir an
Besteller einer Uhr aus fran-
zösischem Gold. Schweizer
System „Anker“ mit ewigem
Glas u. 10jähr. Garantie für
6.45 zl, bessere Art 8.75 zl,
10.—zl, mit 3 Deckeln 12.—zl,
15.—extra flach auf Steinen
14.—16.—, Damen- od. Herren-

Armbanduhr 11.50, 14.—16.— „Ala“ 8.75.—12.—zl.

Adr. „Komercja“ Warszawa, Dzielna 45, D.R.

Kino Kristal 9033

Ab heute Dienstag,

dem vielgelesenen Roman von Erich Maria Remarque, welcher

in Millionen von Exemplaren u. fast allen Sprachen erschienen ist.

Peterson-Mühle Bydgoszcz-Okołole

übernommen habe.

Es wird mein Bestreben sein, die werte Kundschaft weiter reell und prompt zu bedienen.

Hochachtungsvoll
Reinhold Retzlaff.

4287



Zur
Antertigung von

Trauer-

Anzeigen

empfiehlt sich

A. Dittmann

G. m. b. H.

Bydgoszcz.

Ein gefundenes Mädelchen 1 Jahr 8 Mon. alt, eugl. ist v. jogleich für eigen abzugeben.

Off. unten N. 500 an

L. Schreiber, Księgarnia,

Jabłonowo, Pom. 9030

Achtung!!!

Chirographolog!

spricht über Gegenwart

und Zukunft, intime und

materielle Verhältnisse,

über Familie, Ehe u. Erb-

schaften, Lebens-u. Stan-

deswechsel u. dgl.

Methode ohne Nach-

schund, Sprechstunden

v. 9-12 vorm. u. 3-7 Uhr

nachm. **Regulski**,

Byd., Król. Jadwig 13,

Wohnung 6. 4284

Lehrerin erteilt Pol-

nisso gut u.

schnell. Kommt ins

Haus zu jeder Tageszeit.

Off. unter N. 4270 a. d.

Geschäftsst. d. Zeitg. erb.

Erteile gut und billig

pol. **Unterricht**. Off.

nisch. Unt.

B. 4062 a. d. Geschäft. d. Z.

Unterricht

in Buchführn g

Stenographie

Jahresklasses

auch brieflich. 9031

Büder-Akvisor

G. Vorrean

Marszałka Focha 10.

Deutschland fahre;

übernehme Aufträge.

Offerten unter B. 4288

a. d. Geschäft. d. Zeitg. erb.

Drahtzaugegleich

mittelpunktig, 8756

2,0 m/m od. 2,2 m/m

0,95 pro m² 1,10 zł

Einfassung 20 gr mehr.

Draht —

Binde- 1,2 m/m 1,60 zł

Spalter- 2,2 m/m 4,40 zł

Spann- 3 m/m 8.— zł

Koppel- 4 m/m 13,60 zł

5 m/m 18,75 zł

Stachel- 2-spitz. 13.— zł

4-spitzie 17.— zł

verzinkt pro 100 lfd. m

ab Fabrik. Nachnahme

Drahtflechtfabrik

Alexander Maenel,

Nowy Tomyśl (W.) 6.

Hausmeiderin empfiehlt

für Stadt und Land

M. Schumann, 4098

Wańkiwa 87. Wohng. 5.

Schirmreparaturen

werden schnell u. billig

ausgeführt; auch kaufe

nicht reparaturfähige

Schirme. J. Haagen.

Schirmmacher, 4146

Sniadeckich 28. II.

Alkoholstimmungen

Pflizenreuter, Pomorska 27.

2.222

Die Rohheiten

die ich dem Fräulein

Hannchen Melhart

zugefügt habe, nehme

ich hiermit reuevoll zu-

rück u. verpредe der-

selben mein Leid mehr

anzutun. 9032

Otto Brandt,

Sitno.

Drahtseile

außer Syndikat für

alle Zwecke liefert

B. Muszyński,

Seilfabrik, Lubawa.

9030

Geldmarkt

5000 zł auf 1. Stelle

ge j u c h t

Wert d. Gdstd. 60000 zł.

Offert. u. W. 962 an

U.-Exp. Wallis, Toruń.

9023

Züchtige Hochglanzpolierer

Erstklassige Stuhlbauer

stellt von sofort ein

Otto Pfeffertorn

Möbelfabrik

ulica Dworcowa Nr. 12.

9027

Offene Stellen

Gebe hiermit zur Kenntnis, daß ich ab 15. November die

bestreben habe,

weiter reell und prompt zu bedienen.

Hochachtungsvoll

Reinhold Retzlaff.

4287

Weltliches, arbeitsames

<p

Bromberg, Mittwoch den 16. November 1932.

Pommerellen.

15. November.

Achtung Neuwahlen zum Kreistag Soldau!

Am 6. Januar 1933 finden laut amtlicher Bekanntmachung Neuwahlen zum Kreistag Soldau statt. Die Wählerlisten liegen in der Zeit vom 15. bis 21. November von 18 bis 20 Uhr zur öffentlichen Einsichtnahme bei den Güts- bzw. Gemeindevorstehern aus. Es steht jedem Wähler frei, schriftliche Einsprüche in dieser Zeit bei dem Gemeinde- bzw. Gütsvorsteher wegen Auslassung oder Falschschreibung von Namen einzulegen.

Wahlberechtigt ist jeder polnische Bürger, ohne Unterschied des Geschlechts, der am 15. November 1932 das 21. Lebensjahr hat, seit mindestens dem 12. August ständig im Kreise wohnt und die bürgerlichen Ehrenrechte besitzt.

Da nur derjenige von seinem Wahlrecht Gebrauch machen kann, der in der Wählerliste steht, ist es Ehrenpflicht eines jeden Wählers, sich persönlich davon zu überzeugen, daß niemand ausgelassen und jeder richtig eingetragen ist.

Zu Unrecht erfolgtes Verbot

eines deutschen Sportfestes.

Wir berichteten in der Ausgabe vom 10. 8. d. J. über das Verbot des Sportfestes in Dirschau anlässlich des 70jährigen Bestehens des deutschen Turn- und Sportvereins Dirschau. Das Verbot war von dem zuständigen Starostwo ausgeprochen worden. Wie wir jetzt erfahren, ist auf Grund einer sofortigen Beschwerde bei der Wojewodschaft vor ca. 3 Tagen ein Schreiben des Wojewods eingegangen, worin zum Ausdruck gebracht ist, daß das Verbot des Sportfestes von den örtlichen Organen zu Unrecht erfolgt sei, und daß die Starostwo auch von der Wojewodschaft entsprechend unterrichtet worden ist. — Wenn auch diese erfreuliche Entscheidung an dem bedauerlichen Ausfall der Dirschauer Veranstaltung nichts mehr ändern kann, so wird sie doch für zukünftige Sportveranstaltungen ähnlicher Art von Bedeutung sein.

Graudenz (Grudziądz).

Deutsche Bühne. Ganz aus dem gewohnten Rahmen heraus fiel die Nachmittags-Veranstaltung unseres rührigen deutschen Theaters am leichten Sonntag von 4 Uhr ab im großen Saale des Gemeindehauses: erstmalig gab es einen sogenannten Tanz-Tee. Angenehm überraschte das hübsche Bild, daß den Eintretenden das Saalinnere bot. Daß die ersten Paare sich im Kreise zu drehen begonnen hatten, machte Helmut Stasi in launigen Worten mit dem munteren Zweck des, sagen wir, Überbrettl-Nachmittags bekannt. Und so traten sie denn an, unsere nimmer rastenden Bühnenakteure, um in den Tanzpausen gesanglich-musikalisch oder deklamatorisch die Teilnehmer zu unterhalten. Lila Meyer sang, von Leni Ritter am Flügel verständnisvoll begleitet, mit ihrer wohlantunden und ausgiebigen Sopranstimme zwei Nummern: "Flieg auf, flieg auf, mein Schwäbellein" von Abt und "Unterm Machandelbaum" von Hildach. Walter Ritter d. J. rezitierte des neuen Sachlichkeitsvertreters Erich Kästner humoristisch-satirischen Nachtgesang eines Kammervirtuosen und ein schnurriges Stückchen im behäbigen mecklenburgischen Dialekt ("Die Hosen" aus "Burkämer" von Tarnow). Helmut Stasi schloß sich mit einem drolligen Couplet ("Immer weiter, immer weiter") an. Leni Ritter trug am Flügel den flotten Marsch "Alte Kameraden" von Teipe sowie das Pfeiflied aus "Schwarzwaldbäder" von Jessel vor. Bei dieser Gelegenheit konnten wir sie als veritable Kunstspeiferin bewundern. Und dann folgte noch eine bunte Reihe von lustigen Gedichten ostpreußischen und sächsischen Humors (Robert Johannes, Hans Reimann) sowie harmlos-kuriosen Anekdoten und Scherzen, zum Vortrag gebracht von Bernhard Müller und mit Lävenanteil von Walter Ritter d. J., dessen sprudelnde Heiterkeit und schlagfertigen Witze die Hörer besonders gefangen nahmen. Ausnahmslos wurden die Mitwirkenden schon bei ihrem Aufreten lebhaft begrüßt, für ihre Gaben begeistert applaudiert. Diesen Dank haben sie auch recht verdient, wie nicht minder die Leitung des Ganzen selbst, die bestrebt ist, den Mitgliedern der Deutschen Bühne außer reinen Kulturfördernden Kunstdarbietungen auch mal anspruchslose, harmlos-vergnügte Zerstreuung zu verschaffen und 2-4 Stunden die Alltagssituationen vergessen zu machen.

Durch einen Schuß in den Unterleib schwer verletzt wurde am Sonntag auf dem Rückweg von einem jenseits der Weichsel abgehaltenen Vergnügen ein gewisser Bronisław Pietkowski aus Klein Tarpen (M. Taryno) bei Graudenz. Wer der Täter ist und aus welchem Grunde er geschossen hat, das ist vorläufig noch unbekannt. Er wurde ins Graudenser Krankenhaus gebracht, wo er in nicht unbedenklichem Zustande daniederliegt.

Überfallen wurde von drei Personen am Sonntag der Oberbergstraße (Nadgora) 18 wohnhafte Roman Rutta. Einer der Rowdies zog ein Messer und wollte dem R. damit ohne jeden Grund einen Stich versetzen. Zum Glück gelang es dem Angefallenen, dem Stich auszuweichen und dadurch unverletzt zu bleiben. Eine zweite Roheitshandlung meldete Wladyslaw Mularski der Sicherheitsbehörde. Er ist, während er durch die Lindenstraße (Lipowa) schritt, von einem Mann angerempelt und geschlagen worden. In diesem Falle hat der Gemischaufsteller den Täter erkannt, so daß er seiner Strafe nicht entgehen wird.

Große Betriebsamkeit wies Donnerstag und Freitag über die Langfingerzunft auf. So wurden u. a. bestohlen: Sophie Czernińska, Culmerstraße (Chelmińska) 60, um fünf Kaninchen im Werte von 100 Złoty, Martha Kopyńska, Tischerstraße (Rybaka) 2, um Garderobe im Werte von 250 Złoty, Spirydona Wollowicz in demselben Hause, ebenfalls um Kleidungsstücke im Werte von 275 Złoty, Alexander Mieczkowski, Lindenstraße (Lipowa) 76, Maria Bielińska, Mühlstraße (Młyńska) 43, und Sophie Miechnar, Courblièrestraße (Koscińska) 21, um Kellervorräte (Fruchtweine, eingemachte Sachen usw.) im Werte von 50, 70 und 60 Złoty, Michael Dobraniński, Piaststraße 72, um sein Fahrrad im Werte von 200 Złoty

(aus dem Keller), Kazimierz Ganderl, Amtsstraße (Budiewicza), um 420 Złoty Bargeld, sowie Felix Frisch, Lindenstraße (Lipowa) 68 um eine Garteneinzäunung.

Diebstähle. Um Räucherfleisch im Werte von 250 Złoty Antoni Drakowski, Lindenstraße (Lipowa) 89, ferner um Fische (Dachs) im Werte von 40 Złoty Michał Mikolajczak aus Schönach, Kreis Culm, bestohlen worden. Der zweitgenannte Diebstahl ist verübt worden, während M. mit seinem Wagen auf der Fahrt nach Graudenz begriffen war.

Fünfzehn Personen festgenommen wurden laut lebtem Polizeibericht, und zwar sieben Diebe, vier Landstreicher, ein Mann wegen Skandalierens in trunkenem Zustand und eine Frau wegen Aussage falschen Geldes. Zur Anzeige gebracht wurden vier Personen (ein Wagenlenker und ein Radler, die bei Dunkelheit ohne Licht gefahren sind, ein Gastwirt wegen Überschreitung der Polizeistunde und ein Mann wegen Ruhestörung).

Thorn (Toruń).

t. Eine Bekanntmachung betr. Verlegung des Freitag-Wochenmarktes anlässlich des Staatsfeiertages war diesmal nicht erfolgt und daher stellten sich am Freitag viele Landleute aus der näheren und weiteren Umgebung ein, während der Markt am Donnerstag bedeutend schwächer als gewöhnlich beschickt war. Die Landleute hatten den Weg nun umsonst zurückgelegt, da sie den Markt nicht besuchen durften. Sie versuchten, ihre Waren z. T. in den Häusern anzubieten, hatten aber auch hier wenig Erfolg, da die meisten Haushalte sich bereits am Donnerstag eingedeckt hatten. Durch rechtzeitige Bekanntgabe (eventuell während des Dienstag-Wochenmarktes) hätte man ihnen viel Unkosten und Ärger ersparen können.

t. Vor dem Appellationsgericht als Berufungsinstanz musste der Vorstaufer Stefan Raczkowski aus Wielkie Luczawy, Kreis Culm, auf der Anklagebank Platz nehmen. Er war vom hiesigen Bezirksgericht zu drei Jahren Gefängnis verurteilt worden, weil er den bekannten Wilderer Antoni Walczka, den er mit einem Gewehr im Walde angetroffen hatte, durch einen Schrotshuß ins Herz niedergestreckt hat. Er behauptet, in größter Notwehr geschossen zu haben, da W. sich auf ihn stürzen wollte. Das Gericht konnte sich seinen Darlegungen nicht verschließen und erkannte unter Aufhebung des erinstanzlichen Urteils auf Freispruchung, da dringende Notwehr vorgelegen habe.

Ein Schauspielerinbruch wurde in der Nacht zum Sonntag in der Breitestraße (ul. Szeroka) 32 verübt. Unbekannte Täter schlugen die Scheibe des einen großen Fensters der Firma Leon Kuczyński ein und angelten durch die Öffnung zwei Paar Schuhe heraus. Obwohl in nächster Nähe ständig ein Schuhmann postiert ist und der Verkehr auch des Nachts hier in der Hauptstraße nicht einschläft, konnte die Tat unbehelligt durchgeführt werden.

t. Diese schwarze Nachtwölfe, die Freitag nachmittag über einem Hause in der Bergstraße (ul. Podgórska) standen, veranlaßten einen Passanten, die Feuerwehr zu alarmieren. Die gutgemeinte Tat war aber überflüssig, da der Nach von einem auf dem Hofe stehenden Kochenden Feuerkessel stammte.

Beschlagnahmt wurde ein falsches 10-Zloty-Stück durch die Polizei. — Verhaftet wurden eine durch die Kriminalpolizei gesuchte Person und ein Mann wegen Diebstahls. Außerdem wurden festgenommen je eine Person wegen Betruges und versuchten Diebstahls, zwei Personen wegen Kohlendiebstahls zum Schaden der Eisenbahnverwaltung und eine Person wegen Mithilfe. Wegen illegaler Grenzüberschreitung wurde eine weitere Person arretiert.

Bazar des deutschen Frauenvereins Konitz.

tz Konitz (Chojnice), 14. November. Ein Bazar, wie er sein soll, war die Sonntagsveranstaltung des deutschen Frauenvereins. Er bewies, daß eine planmäßige Organisation und rührige Vorarbeit noch immer dankbare Anerkennung finden und zu einem vollen Erfolg für Veranstalter und Gäste führen.

Graudenz.

Deutscher Büchereiverein.

Donnerstag, den 17. November 1932,

abends 8 Uhr, in der Goetheschule

Vortrag: Studienassessor Hadbarth:

"Die moderne Erwerbungstheorie, Grund-

begriffe und Ausblide."

Eintritt frei! 9024 Eintritt frei!

Mussolinis Antwort.

Vor einigen Tagen hat Herr i o t dem italienischen Diktator die Hand zur Versöhnung geboten. Der französisch-italienische Gegensatz sollte aus der Welt geschafft werden. Jetzt hat Mussolini Frankreich auf dem Wege über ein Presseinterview eine Antwort ertheilt.

Es ist möglich, daß der Korrespondent — es handelt sich um den Vertreter eines Pariser Mittagsblattes — die Worte Mussolinis stilistisch etwa „frisiert“ hat. Ihren Sinn hat er kaum geändert. Manche Aussprüche des Duce klingen recht aphoristisch. Aber auch in dieser Form haben sie einen durchwegs praktischen politischen Alltagswert. So antwortete Mussolini auf die Frage, ob eine Annäherung zwischen Frankreich und Italien wünschenswert und notwendig sei: „Annäherung gewiß, aber nicht durch Worte. Rezepte bleiben Papier, wenn Heilmittel nicht benutzt werden.“ Vor allen Dingen verlangt Mussolini von Frankreich größeres Verständnis für die Arbeit des italienischen Faschismus. Nicht sensationell wirkt in der Wiedergabe des französischen Ausfragers die Replik Mussolinis über die Verbindung Italiens mit Deutschland und die angebliche Unterstützung der „franzosenfeindlichen“ deutschen Außenpolitik durch Italien: „Wir reden zuweilen Dummenheiten, aber wir machen keine.“ Es wäre verlockend, aus diesem merkwürdigen Satz den Schluß zu ziehen, daß man zwischen Worten und Taten Mussolinis unterscheiden müsse. War dies wirklich der Sinn der Worte Mussolinis? Dann allerdings muß festgestellt werden, daß der italienische Ministerpräsident viel Mut zur Offenheit hat. Wie soll man aber diesen dunklen Spruch verstehen? Das ist eine Frage, über die sich die beauftragten Politiker den Kopf zerbrechen mögen.

Die Könige von Bulgarien und Rumänien wollen sich begegnen.

Das „Neue Wiener Tageblatt“ meldet aus Sofia: Man spricht hier viel von Vorbereitungen für eine Zusammenkunft zwischen den Königen von Bulgarien und Rumänien, die wahrscheinlich auf einem Schiffe entweder auf der Donau oder im Schwarzen Meer zustande kommen soll. Dieser Begegnung wird allgemein eine große wirtschaftliche Bedeutung beigegeben.

Die Beziehungen zwischen den beiden Donaustaaten haben sich nach derselben Quelle in der letzten Zeit bedeutend verbessert. Zum ersten Mal seit dem Balkantriege sollen die Herrscher Rumänien und Bulgarien zusammenkommen. In offiziellen bulgarischen Kreisen spricht man von der Frage eines Brückennebaues über die Donau zwischen Rumänien und Bulgarien. Für diese Frage interessieren sich auch Polen und Griechenland.

*

König Ferdinand will nach Bulgarien zurückkehren?

Berliner Blätter berichten in großer Aufmachung aus Sofia über Versuche, dem früheren König Ferdinand die Rückkehr nach Bulgarien zu ermöglichen.

Die Versuche gehen von dem General Ganschew aus, der seit dem Weltkrieg ununterbrochen in Diensten Ferdinands steht und vor kurzem nach Sofia zurückgekehrt ist. Ganschew soll angeblich mit einem Teil der Agrarier Verhandlungen führen, um die Rückkehr Ferdinands zu ermöglichen.

Ministerpräsident Muschanow hat sich in einer Erklärung entschieden gegen diese Versuche Ganschews gewandt und darauf hingewiesen, daß die Rückkehr des früheren Königs große internationale Komplikationen für Bulgarien zur Folge haben könnte.

Abrüstung und Revision.

Ein Korridor über dem Korridor . . .

Die polnische Telegraphen-Agentur (PAT) zitiert eine Stimme des Londoner „Observer“, der sich mit dem Abrüstungsproblem beschäftigt, das dem Unterhause vorgelegte Abrüstungsprogramm gutheist, und sich zum Schluss der Frage der deutsch-polnischen Grenze zuwendet.

„Die Abrüstung“, so schreibt das Blatt, „ist nur ein Symptom, aber nicht der Zweck. Die große Aufgabe beruht darauf, mit der Beseitigung der hauptsächlichen Ursachen der Rüstungen und der möglichen Gründe eines eventuellen Krieges zu beginnen. Nach dieser Richtung hin haben die berufenen Staatsmänner Europas im Laufe von 14 Jahren auch nicht einen Finger gerührt. Man muß von der praktischen Seite anfangen. Der zwischen Ostpreußen und Deutschland eingezwängte polnische Korridor ist das strittigste Problem in der Welt. Wer sich darüber nicht klar ist, der weiß nichts, aber auch gar nichts von der Hauptaufgabe Europas. Die direkte territoriale Vereinigung eines unzertrennlichen Deutschland muß wieder hergestellt werden.“

„Warum sollte nicht“, so meint das englische Blatt in diesem Artikel, dessen Verfasser Garvin ist, „ein deutscher Korridor nach Ostpreußen über den polnischen Korridor bestehen? Die moderne Technik könnte dieses Problem lösen, indem sie die Überführungen für die Eisenbahnen und Chausseen über den deutschen Streifen von beschränkter Breite bauen würde. Würde man diese Idee praktisch ausführen, so würde man dem Abrüstungsproblem mehr dienen als alle juristischen Argumente in der Welt.“

Die offiziöse polnische Telegraphen-Agentur bemerkte hierzu, die Idee Garvins stelle insofern einen Fortschritt dar, als der hervorragende englische Publizist schon nicht mehr die Rückgabe ganz Pommerns an Deutschland, sondern lediglich eines schmalen Streifens ausschließlich für Verkehrsziele fordere. Die anderen früher aufgestellten Argumente der englischen Revisionisten für eine Revision der polnisch-deutschen Grenze seien somit zusammengeschlagen; sie hätten auch — so meint die Pat — einen Vergleich mit den polnischen Argumenten nicht ausgehalten.

*

London, 14. November. (Eigene Drahtmeldung.) Der frühere englische Minister Lee Smith erklärte auf einer Waffenstillstandssitzung in London, daß die Frage der Revision der „Friedensverträge“ zwangsläufig im Vordergrund der europäischen Politik stehe, und daß damit ein neuer Abschnitt in der Nachkriegsgeschichte eröffnet worden sei. Die Annahme der deutschen Gleich-

berechtigungsforderungen führe direkt zur Aufrollung der Beschwerden über die Deutschland und anderen Mächten angestane Ungerechtigkeit. Die „Friedensverträge“ hätten eine Reihe von Gefahren. Der polnische Korridor sei jetzt eine ebenso ernste Gefahr für den Frieden wie es Elsaß-Lothringen vor dem Kriege gewesen sei. Deutschland könne die jetzige Lage niemals hinnehmen. Das gleiche gelte für Ungarn. Es müsse der Versuch einer Revision der Verträge gemacht werden, um allen die gleiche Gerechtigkeit zuteil werden zu lassen.

Schutz vor Erdstrahlen?

Wir berichteten kürzlich über die unerklärlichen Auto-unfälle, die sich auf der Chaussee von Bremen nach Bremerhaven seit Eröffnung der Strecke im Winter 1929/30 ereignet haben. Am Kilometerstein 23,9 — mitten auf schmurgerader, tadelloser Chaussee — verunglückten bis heute fünfzig Autos und Motorräder. Ohne jeden sichtbaren Anlaß kamen die Wagen an dieser Stelle ins Schleudern und fuhren gegen Bäume oder in den Straßengraben. Es tauchte die Vermutung auf, daß die Unfälle durch Erdstrahlen verursacht sein könnten. Ein Wunschtrüten-gänger aus Lüsum bei Bremen, Karl Wehrs, will nun nicht nur diese Strahlungen festgestellt haben, sondern er hat auch einen Apparat konstruiert, der sie „abschirmen“, also unwirksam machen soll. Nachdem er den Apparat an der Unglücksstätte eingegraben hatte, ereigneten sich tatsächlich längere Zeit keine Unfälle am Kilometerstein 23,9.

Die „Berliner Nachtausgabe“ hat einen Sonderbericht erstatter nach Bremen entfaßt, der Karl Wehrs Abschirmapparat wie folgt beschreibt:

Zur Abschirmung oder Auffangung der Strahlen baut Wehrs in seine flachen kupfernen Kästen sternförmige Platten ein, deren Spitzen leicht nach oben gebogen sind. Diese Spitzen sind in ganz bestimmter Einstellung zu einander geordnet. Wehrs will dabei den „Rhythmus eines Sternbildes, etwa des Jagdhundes oder der Waage, nachbilden. Die metallenen Miniatursternbilder über die abschirmende Wirkung aus. Das ist in großen Zügen alles. Der Apparat soll nach Ansicht des Nutzengängers in der Lage sein, „die Elektronen kosmischer Strahlungen einzufangen“, bis er völlig „gesättigt“ ist. Dann kann er, sagt Wehrs, einfach durch Anfassen, durch Reiben oder Putzen entladen werden und ist wieder gebrauchsfertig . . .

Das alles muß für den nüchternen Verstand und für die Betrachtungsweise wissenschaftlicher Forschung mehr als phantastisch klingen. Dennoch muß man dem Fanatiker Wehrs und seinen akademisch unbeschwert Gedanken zumindest eines zubilligen: den guten Glauben an seine Sache. An eine Sache allerdings — das darf nicht übersehen werden — die er verkaufen will . . .

Wehrs geht unbirrt darüber hinweg, ob jemand seinen Apparat für einen primitiven Humbug halten mag oder nicht. Er lächelt über jeden Zweifel und hält uns ein Argument entgegen:

„So lange ich schon in meinem Haus in Lüsum wohne, — nie habe ich dort Blumen vor den Fenster halten können. Es liegt dort ein Reizstreifen, der ihre Lebenskraft vernichtet. Aber seit ich mit einem Apparat diesen Reizstreifen abschirme, blühen bei mir die Blumen, daß sich die Leute im ganzen Ort wundern. Sehen Sie, das ist alles das gleiche Kapitel: die Blumen und die Menschen, das Fensterbrett und der Kilometerstein 23,9!“ —

Rundschau des Staatsbürgers.

Die Umsatzsteuer des Spediteurs.

Über die Frage, ob die Summe der Entlohnung, welche der Spediteur aus der Befuhr des Frachtgutes an den Besteller mit eigenem Fuhrwerk erzielt, einen besteuerbaren Umsatz des Spediteurs bedeutet und in den allgemeinen Umsatz einzurechnen sei, entschied das Oberste Verwaltungsgericht wie folgt: Art. 5, Punkt 5 des Umsatzsteuergesetzes, ebenso wie die Zusätze zu Art. 28 dieses Gesetzes Teil II, Buchstabe A VI unterscheiden zwischen Speditions- und Transportunternehmungen, die Zusatzbestimmungen unterscheiden sogar zwischen solchen und Speditions-Transportunternehmungen. Daraus ergibt sich, daß hinsichtlich der als besteuerbare Umsatz dieser Unternehmungen zu behandelnden Einkünfte genau zu unterscheiden sei, aus welcher Art Dienste und Leistungen, (nach Art. 5, Punkt 5) diese Einkünfte stammen. Der Spediteur unternimmt gewöhnlich in eigenem Namen und für fremde Rechnung die Beliebung des Transportes von Frachtgütern. In solchem Falle, da der Transport auf Rechnung des Bestellers geht, belasten natürlich die Kosten des Transportes den Besteller und können als solche nicht in den Umsatz des Spediteurs eingerechnet werden. Den Umsatz des Spediteurs bildet in diesem Falle lediglich die Vergütung für die übernommene Beliebung des Transportes.

Anderer verhält es sich, wenn der Spediteur nicht nur in eigenem Namen, sondern auch mit eigenem Fuhrwerk den Transport ausführt. In diesem Falle übt er in eigener Person die Tätigkeit des Spediteurs und die des Transportvollziehers aus. Da in diesem Falle der Spediteur nicht nur für die Vermittlung des Transportes, sondern auch für die Vollziehung desselben vom Auftraggeber entlohnt wird, so ist es klar, daß den Umsatz des Spediteurs die volle Entlohnung, sowohl für die Vermittlung, wie für die Vollziehung des Transportes bildet. Die Behauptung des Klägers, daß die Entlohnung des Transportes als solche, ebenso wie die Frachtgebühr, die Befüllung, die Bevorrichtung der Ware, nicht in den Umsatz eingerechnet werden dürfe, weil sie nur die Rückvergütung einer für den Auftraggeber und auf Grund seiner Bevollmächtigung gemachten Auslage des Spediteurs darstellt, ist demnach nur nach Maßgabe der vorhandenen Tatumstände zu werten, das heißt nach Maßgabe der Umstände, ob der Transport mit eigenem Fuhrwerk des Spediteurs geschieht, oder mit fremdem. Geschieht er mit fremdem Fuhrwerk, so ist die Entlohnung dafür kein Teil des besteuerbaren Umsatzes, geschieht er aber mit eigenem Fuhrwerk, so bilden die Einkünfte daraus einen Teil des besteuerbaren Umsatzes. (Entscheidung des Obersten Verwaltungsgerichts vom 2. November 1932 Reg.-Nr. 1127/29).

Rundfunk-Programm.

Donnerstag, den 17. November.

Königswusterhausen.

06.35—08.00: Von Leipzig: Konzert. 10.10—10.35: Schulfunk. Hans Meyer: Deutsche Charaktere (I). Ernst Moritz Arndt. 12.00: Wetter. Anf.: Bekannte Operettmelodien (Schallplatten). 14.00: Von Berlin: Konzert. 15.00: Musikalische Kinderstunde. Dr. Theo Dispeder: „Die schönen Liloos“. Musikal. Siegereppel von Sextanerinnen. 15.45: Frauenstunde. Paula Steiner: Wie unser Porzellan entsteht. 16.00: Pädagogischer Funk. Min.-Nat. Dr. Hubert Spaeths: Zur praktischen Stellung und praktischen Abgrenzung der Berufsbildung in der ländlichen Fortbildungsschule. 16.30: Von Berlin: Konzert. 17.30: Dr. Hans Arthur Thies: Richard Bartholdi. 18.00: Musikalischer Zeitspiegel. Zeitgenössische Musik auf alten Instrumenten. Emil Seiler und Erl-Sultan. 18.30: Ausland und das Abendland (II). Dr. Nikolaus Heinberg: Die Aera des Barismus. 18.55: Wetter. 19.00: Stunde des Landwirts. Rittergutsbesitzer Dr. v. Laer: Einiges über Tierhaltung im Winter. 19.20: Für und Wider. Dr. Rudolf Pechel: Begleiter durch die Zeit. 19.35: Von Hamburg: Blaskonzert. 20.45: Dr. G. Straßl-Sauer: Orient und Ozean. Ein Gespräch zwischen einem Morgenländer und einem Abendländer. 21.05: Tages- und Sportnachrichten (I). 21.20: Von Langenberg: „Der letzte Kaiser von Mexiko“. 22.10: Wetter. Nachrichten, Sport (II). 22.30—24.00: Von Hamburg: Lieder von 1900—1932. Breslau-Gleiwitz.

06.35: Von Leipzig: Konzert. 10.10—10.40: Schulfunk für Volkschulen: Schleifens Teichwirtschaft. 11.30 ca.: Fünfzehn Minuten die Landwirtschaft. 12.00: Konzert. 13.05 ca.: Mittagskonzert. 14.05: Schallplatten. 15.30: Das Buch des Tages. 16.15: Hans Zielowitsch (+ 17. November 1931). 17.15: Kinderfunk. 18.00: Stunde der Musik. 19.00: Otto Müller. Dr. Oskar Schirer: Der Aufbruch zur modernen Kunst. 19.25: Wetter. 19.30: Von Hamburg: Blaskonzert. 20.30: Von Mühlacker: Alles mal herhören!

Königsberg-Danzig.

06.35—08.15: Von Leipzig: Konzert. 11.30: Von Breslau: Konzert. 13.00—14.30: Schallplatten. 15.15: Aus dem Königsberger Tiergarten: Hörbericht von der Ostdeutschen Kleintierschau. 15.45: Jugendstunde. Max Bialusch: Auf Wallsteins Spuren. 16.15: Konzert. 17.45: Bücherstunde. 18.30: Landwirtschaftskunst. 18.50: Von Rittergut zur Siedlung. Hörbericht aus Labiau. 19.30: English für Anfänger. 19.55: Wetter. 20.00: Liederstunde. Serge Gagarin. 20.45: Karl Ninke. 20.40: Schauspielschule der deutschen Geschichte: Der Fall des deutschen Mittelalters. 21.10: Goetz von Berlichingen. Schauspiel von Goethe.

Warschau.

12.10: Schallplatten. 12.35—14.00: A. d. Philharmonie: 7. Konzert für die Schuljugend. Philarm. Orchester. 15.30: Schallplatten. 16.30: Schallplatten. 17.00: Schallplatten. 18.00: Leichte Musik. 20.00: Leichte Musik. Funkorchester. 21.30: „Die ungöttliche Komödie“ (2. Teil), Hörspiel von Krauski. 23.05—24.00: Tanzmusik.

Briefkasten der Redaktion.

Alle Anfragen müssen mit dem Namen und der vollen Adresse des Einsenders versehen sein; anonyme Anfragen werden grundsätzlich nicht beantwortet. Auch muß jeder Anfrage die Abonnementsquittung beilegen. Auf dem Kuvert ist der Begriff „Briefkasten-Sache“ anzubringen. Briefliche Antworten werden nicht erwidert.

E. S. Der Schuldchein ist mit Stempelmarken in Höhe von 1½ Prozent = 25 Pfenn zu versehen. Die Entwertung der Stempelmarke ist durch Aufdruck Ihres Namens und des Datums zu vollziehen. Die Stempelung muß innerhalb dreier Wochen erfolgen.

Ewald B. in S.-Sz. Sie müssen beides zahlen, denn das sind zwei verschiedene Steuern.

R. 100. 1. Der Anspruch auf den Rest der Zahlung verjährt erst in 30 Jahren. Die Binsen verjährten in 4 Jahren. Die Verjährung beginnt am Schlusse des Jahres, in dem die Binsen fällig waren. 2. Die Überschreibung des Geldes auf den Sohn war eine Schenkung. Die Schenkung kann widerrufen werden, wenn sich der Beschenkte durch eine schwere Verfehlung gegen den Schenker oder einen nahen Angehörigen des Schenkers großen Undanks schuldet. Einem Rechtsstitel gegenüber der Reichsschuldenverwaltung können Sie nur erlangen durch gerichtliches Urteil.

Lobz. 1. Die Nr. 78796 des Anleiheauslösungsrrechts ist am 10. Oktober 1932 gezogen worden. Sie erhalten das Fünffache des Neubetrages und dazu 4½ Prozent Binsen für 7 Jahre. Die Einlösung erfolgt Ende Dezember. Die Wertpapiere können schon jetzt an die Reichsschuldenkasse in Berlin SW. 68, Oranienstraße Nr. 106/109 eingereicht werden. 2. Wenn die Lösungsfähige Einlösung ohne den Schenken nicht für ausreichend angesehen wird, bleibt nichts anderes übrig, als den Bevollmächtigten der Erben auf zeitweilige Überlassung des Schenkens zu verklagen.

Bromberg 1. 1. Ob das Grundstück der Tochter für die Schuld haftbar ist, hängt davon ab, ob die Überlegung an die Tochter nur ein Scheingeschäft war, um die Gläubiger des Vaters zu schädigen. Das wäre natürlich zu beweisen. 2. Das belastete Grundstück haftet nach der gerichtlichen Entschuldigung, die nach Lage der Sache unanfechtbar ist, nur für 18½ Prozent, wogegen für den Rest der 100%igen Aufwertung der persönliche Schuldner, d. h. der durfte noch eingetragene Besitzer haften. Da dies der zu 51½%igen Aufwertung verurteilte vorige Eigentümer ist, könnten Sie das Grundstück in einem Verfahren gegen diesen das Grundstück substanziell lassen.

Melioration. 1. Wenn die Personen, die, wie Sie sagen, den Vorstand bilden, sich durch Unterschrift zur Bildung der Genossenschaft verpflichtet haben, dann ist die Genossenschaft begründet. Die letztere wird allerdings ein Rechtsstitel, wenn sie in das Genossenschaftsregister eingetragen ist, aber die Genossenschaft kann auch vor der Eintragung schon Geschäfte ausführen, für die dann die Ausführenden solidarisch haften. Die Personen, die für die Ausführenden solidarisch haften, sind natürlich nicht Mitglieder und sind auch für irgendwelche Leistungen nicht haftbar. Treten sie später ein, so haften sie für die vorher getroffenen Maßnahmen. 2. Der Vorstand kann vor der Vollendung der Arbeiten die erforderlichen Beiträge (aber natürlich nur von den Mitgliedern) einziehen; das ist sogar unerlässlich, denn diese Beiträge sind ja dazu bestimmt, das die Arbeiten zu bezahlen. 3. Der Vorstand kann Beiträge einziehen, die er mit Stimmenmehrheit beschlossen hat. Er haftet ja für die Geschäfte, die vor der Registrierung ausgeführt sind. Wenn die Genossenschaften, die früher in dieser Sache ausgelieferten Kosten auf ihr Konto übernehmen will, so ist das ihre Sache. 4. Ob eine Klage gegen das fragliche Gut noch möglich ist, können wir ohne Kenntnis des ganzen Aktenmaterials nicht sagen.

Otto. 1. Die Aufwertung betrug 15 Prozent = 740,74 Pfenn. 2. Die Aufwertung eines Betriebs kann 100 Prozent = 2301,70 Pfenn. betragen, wenn das belastete Grundstück denselben Wert hat wie zurzeit der Eintragung der Schuld. Da dies heute in den seltsamsten Fällen zutrifft, muß sich die Aufwertung dem Minderwert anpassen. 3. Der Verzollung unterliegen in der Regel nur neue Sachen.

101. 1. Der Hauswart kann nicht mehr als die Friedens-Zloty umgerechnet werden. 2. Wenn der Vermieter Ihnen jetzt das Gartenland abnimmt, können Sie den Nutzungswert des Gartens angehörende die Benutzung des Hofs unbeschränkt zu Stande. 3. Wenn Ihnen nicht willkürliche genommen werden. 4. Zur Schließung des Hauses um 7 Uhr ist der Hauswart selbst dann nicht berechtigt, wenn alle Einwohner stimmen. Aus deutscher Zeit besteht noch eine unsres Wissens nicht aufgegebene Polizeiverordnung, wonach die Häuser bis 10 Uhr offen zu halten sind. Die Verhältnisse haben sich inzwischen geändert, und es wird wohl niemand dagegen Einspruch erheben, wenn das Schließen der Häuser früher erfolgt; aber eine Schließung um 7 Uhr, die den Verkehr mit dem Hause zum Stillstand bringen würde, braucht sich niemand gefallen lassen. 5. Soweit sich aus der Einrichtung der Fabrik Unzuträglichkeiten größerer Ausmaßes für die anderen Bewohner des Hauses ergeben, kann die Intervention der Polizei in Anspruch genommen werden. Wenn den anderen Einwohnern dadurch die Benutzung einer Waschküche entzogen wird, kann jeder Geschädigte gleichfalls eine Minderung der Miete eintreten lassen.

Die englische Note zum Schulden-Problem.

London, 14. November. (PAT.) Das englische Außenministerium hat am gestrigen Sonntag abend den Wortlaut der Note zum Schulden-Problem an Amerika veröffentlicht. Die Note wurde am 10. November durch Vermittlung des englischen Botschafters dem amerikanischen Staatssekretär in Washington überreicht.

Einleitend erinnert die Note daran, daß die Britische Regierung mit der größten Genugtuung und Bereitwilligkeit seinerzeit den Vorschlag des Präsidenten Hoover in der Frage des

einjährigen Moratoriums für die internationales Schulden

gutgeheißen habe. Das Ziel dieses Vorschlags sei, wie damals erklärt wurde, gewesen, die Schwierigkeiten zu lindern, die sich aus dem Preisrückgang und dem Mangel an Vertrauen zu der wirtschaftlichen und politischen Stabilisierung ergeben hätten. Die Annahme des Vorschlags sollte zu der Wiederherstellung dieses Vertrauens beitragen. Die an die Initiative Hoovers geknüpften Hoffnungen seien leider nicht erfüllt worden.

Die Note weist darauf hin, schon im Oktober vorigen Jahres habe das in Washington aus Anlaß der Anwesenheit des Ministerpräsidenten Laval bekannt gegebene Communiqué zugegeben, daß es, bevor das Hoover-Jahr seinen Abschluß findet, unumgänglich notwendig sein werde, zwischen den Staaten für die Zeit der Krise der Handelsdepression zu einer Verständigung zu kommen, sowie daß die Initiative in dieser Frage rechtzeitig von den interessierten europäischen Großmächten ausgehen müsse. Heute seien viele denkende Menschen in der ganzen Welt an der Überzeugung gelangt, daß, sofern die Depression überwunden werden soll, weitere Vorbeugungsmaßnahmen getroffen werden sollten.

Unter Zugrundelegung dieser zitierten Empfehlungen hätten sich die europäischen Kredit-Mächte im Juni in Lausanne versammelt, und sich über ein Dauer-Abkommen in der Frage der Tribute verständigt. Dieses Abkommen ziele darauf ab,

mit den Tributzahlungen endgültig Schluß zu machen.

Dies bedeute ein maximales Zusammenwirken, zu dem sich die interessierten Regierungen auf dem Gebiet der zwischenstaatlichen Finanzen verpflichten könnten, um zu der Wiederherstellung des allgemeinen Wohlstandes beizutragen, an dem die Vereinigten Staaten nicht minder interessiert sind wie Großbritannien. Die Mitarbeit der Vereinigten Staaten an diesem Werk sei daher unentbehrlich. Was nun die Vorbeugungsmittel anbelangt, die anzuwenden wären, so beabsichtige die Britische Regierung augenblicklich nicht mehr zu sagen, als sie bereits wiederholt zum Ausdruck gebracht habe, um so mehr als sie weder in theoretischer noch in sachlicher Rücksicht eine Begründung für eine Änderung ihrer Ansichten finde.

Das Stadion der Hunderttausend.

Große Vorbereitungen für die Olympischen Spiele 1936 in Berlin.

Schon einmal war Deutschland zu der hohen Ehre ausgerufen, die Olympischen Spiele in Berlin zum Austrag zu bringen. Aber zwei Jahre vorher brach der Weltkrieg aus, und damit wurden alle hochfliegenden Pläne zunächst gemacht. Zwanzig Jahre nach dem ursprünglich festgelegten Termin werden nun 1936 die Olympischen Spiele in der Reichshauptstadt ausgetragen werden. Es ist dies die größte Sportveranstaltung der Welt, die eine ungeheure Anziehungskraft auf alle Sportinteressenten ausübt. Bei der günstigen verkehrstechnischen Lage Berlins ist nicht allein mit einem Riesenbesuch aus dem ganzen Reich während der Olympischen Spiele zu rechnen, sondern ebenso mit einer großen Anzahl von Gästen aus allen Ländern Europas, sowie von Übersee. Mit Berlin zusammen wird ganz Deutschland im Jahre 1936 Mittelpunkt des Interesses der Welt sein.

Bei einer so gewaltigen Sportschau versteht es sich von selbst, daß möglichst frühzeitig dafür Sorge getragen wird, daß die Organisation in jeder Beziehung klappt. Das Wichtigste ist die Schaffung einer Sportstätte, die sowohl den Aktiven des Sports ideale Sportverhältnisse bietet, wie den Zuschauern gute Sicht für alle Wettkämpfe. Das Stadion im Grunewald genügt den gesteigerten Ansprüchen nicht mehr. Als es vor dem Kriege erbaut wurde, sollte mit ihm eine ideale Anlage geschaffen werden. Damals hatte der Sport noch nicht einen so gewaltigen Aufschwung genommen wie in der Nachkriegszeit. Vor allem gab es nur wenige Stadien. Heute ist die gesamte Anlage völlig überholt, und zwar vor allem, weil sie der riesigen Zuschauermasse, die erwartet wird, nicht genügend Raum bietet. Im günstigsten Fall können im Stadion 40 bis 50 000 Menschen untergebracht werden. Man muß aber mindestens Raum für 100 000 Menschen schaffen. Dafür ist ein Umbau des Stadios unabdingt notwendig. In erster Linie wird die Radrennbahn verschwinden. Im Vergleich zu dem Raum, den sie fortnimmt, ist sie niemals in entsprechenendem Ausmaß ausgenutzt worden. Das Interesse an radsporthlichen Veranstaltungen im Freien ist in den letzten Jahren zweifellos abgeflaut. Nicht einmal die deutschen Meisterschaften bzw. Weltmeisterschaften über eine so große Anziehungskraft aus, daß sie das Stadion füllen könnten. Um größeren Zuschauerzahlen Platz zu geben, muß vor allem die Radrennbahn fortfallen. Das allein genügt jedoch nicht, um hunderttausend Menschen unterzubringen. Größere bauliche Veränderungen sind unvermeidlich.

Ende vergangener Woche ist anläßlich der konstituierenden Sitzung des Deutschen Olympischen Ausschusses ein Olympischer Organisationsausschuss gegründet worden, der sich aus Vertretern des Deutschen Reichsausschusses für Leibesübungen (der Spitzengesellschaft aller Leibesübungen betreibenden Verbände) und Delegierten der Stadt Berlin zusammensezt. Es wurde ein Beitrag von 4½ Millionen Mark für den Umbau des Stadios ausgeworfen. Die Höhe dieser Summe beweist, daß umfangreiche Abänderungen durchgeführt werden müssen. Allerdings scheint es noch fraglich, ob man mit dem Betrag von 4½ Millionen auskommt. Jedenfalls sollte bei der Größe und Bedeutung der Veranstaltung nicht an den Kosten für das Stadion gespart werden — nachdem man sich schon einmal in der glücklichen Lage befindet, eine vorhandene

Die Britische Regierung sei der Meinung, daß das gegenwärtig verpflichtende Abkommen über die zwischenstaatlichen finanziellen Verpflichtungen einer Revision unterzogen werden müßte.

Die Britische Regierung habe die feste Überzeugung, daß man schnell handeln solle und glaube stark daran, die Vereinigten Staaten würden eine Art finden, nach der ein Meinungs austausch so bald als möglich angebahnt werden könnte. Das direkte Ziel dieser Note sei die Erledigung einer Sache von sehr beschränktem Charakter. Der 15. Dezember sei der Fälligkeitstermin der nächsten britischen Kriegsschulden, und man könne unmöglich erwarten, daß im Laufe von fünf Wochen eine Verständigung über so weitgehende Fragen erreicht werden könnte. Unter ähnlichen Schwierigkeiten habe die Panzanner Konferenz, um ihre Arbeiten ohne Hindernisse zum Abschluß zu bringen, es als notwendig befunden,

die Zahlung der laufenden Raten einzustellen.

Die Britische Regierung habe die Hoffnung, daß ein ähnliches Verfahren auch jetzt Anwendung finden werde. Sie richte daher an die Regierung der Vereinigten Staaten den Appell, die ihr zustehende Pflicht bis zu der Zeit der hierdurch vorgeschlagenen Konferenz, oder bis zu einem anderen Zeitraum, da eine Verständigung erreicht werden würde, zu stunden. Die Britische Regierung sei der Meinung, daß die entsprechenden Unterredungen in Washington eingeleitet werden könnten. Sofern dieser Vorschlag eine günstige Aufnahme finden sollte, sei die Britische Regierung bereit, ihrem Botschafter in Washington entsprechende Instruktionen zu erteilen.

Zum Schluß wird in der Note der Erwartung Ausdruck gegeben, daß die Regierung der Vereinigten Staaten sich so bald als möglich zu diesem Vorschlag äußere.

Nach einer Meldung des "Daily Telegraph" besteht die Möglichkeit, daß bei einer zufügenden Antwort Amerikas der englische Schatzkanzler Neville Chamberlain nach Amerika gehen wird, um die Verhandlungen zu führen. Die "News Chronicle" hält die Entsendung eines verantwortlichen Ministers nach Washington für wahrscheinlich und meldet, daß bereits zahlreiche Unterredungen zwischen dem englischen Botschafter in Amerika und dem Schatzamt stattgefunden hätten. Überall habe man in den Ministerien Anzeichen größter Tätigkeit wahrgenommen.

Roosevelt bei Hoover.

New York, 15. November. (Eigene Drahtmeldung.) Hoover hat eine Einladung an Roosevelt ergehen lassen, um sich mit ihm über die Frage der Kriegsschulden zu verständigen.

Neue Anlage ausnutzen zu können, um wirklich eine ideale Sportstätte zu schaffen, die schließlich auch über die Olympischen Spiele hinaus Berlin erhalten bleiben wird. Die Umhauten müssen möglichst frühzeitig durchgeführt werden, damit die deutschen und ausländischen Sportler ausreichend Gelegenheit haben, die Anlagen auszuprobiieren. Denn nur auf diese Weise können wesentliche Fehler vermieden werden, wie sie sich vor vier Jahren anlässlich der Olympischen Spiele in Amsterdam herausstellten, als in letzter Minute die gesamte Laufanlage verbessert werden mußte.

Außerdem liegt Deutschland selbstverständlich daran, möglichst gut abzuschneiden. Deutsche Sportleute werden ihren Ehrgeiz daran setzen, erheblich besser abzuschneiden, als auf den Olympischen Spielen in Los Angeles, wo leider jeden Tag ein Versager nach dem anderen eintrat. Den deutschen Aktiven bietet sich 1936 eine große Chance, da die genaue Kenntnis der Bahnverhältnisse ein nicht zu unterschätzender Vorteil ist.

Neben den leichtathletischen Wettkämpfen werden im Stadion alle Schwimm-Wettkämpfe ausgetragen werden. Auch für die Schwimm-Anlage wird man eine neue Planordnung für die Zuschauer treffen müssen, da jetzt wohl Tausende, aber nicht Behnautende hier untergebracht werden können. Andere Sportwettbewerbe finden auf der Grunewaldrennbahn statt, wo die Reitwettbewerbe durchgeführt werden sollen. Für die Schießwettbewerbe stehen die Reichsschützenstände am Spandauer Bock zur Verfügung. Das Rudern wird auf der Grünauer Regatta-Strecke durchgeführt, das Segeln auf dem Müggelsee.

Um den Austragungsort der Olympischen Winterspiele, die 1936 ebenfalls von Deutschland durchgeführt werden, ist ein heftiger Streit entbrannt, und zwar zingen Garmisch-Partenkirchen und Schreiberhau um die Ehre, Austragungsort für die Winterspiele zu werden. Dabei spielen nicht nur Fragen des Ehrgeizes eine große Rolle, sondern ebenso selbstverständlich wirtschaftliche Motive. Trotz der guten Gründe, die Schreiberhau für seinen Wunsch, Austragungsort der Winterspiele zu sein, anführen kann, herrscht allgemeine Stimmung für Garmisch-Partenkirchen. Aber eine Entscheidung ist noch nicht gefällt. Ein besonderer Ausschuss wird die Sportverhältnisse in beiden Orten prüfen, um erst danach allein nach sachlichen Gründen seine Entscheidung zu fällen.

F. K.

Die Katastrophe von Cuba.

2700 Tote. — 20 Millionen Rml. Sachschaden. — Die Prophezeiung des Fischers.

Die Zahl der Toten, die der verheerende Wirbelsturm auf der Insel Cuba gefordert hat, wird jetzt auf insgesamt 2700 Personen angegeben. Der Sachschaden beläuft sich nach den vorläufigen Schätzungen auf rund 20 Millionen Rml. 40 v. H. der Zuckerernte und für 2 Millionen abgeernteter Zucker sind vernichtet worden.

Die Stadt Santa Cruz bietet einen grauenhaften Anblick. Zwischen den Trümmerstehen Soldaten, die rücksichtslos auf jeden Plünderer schießen. Die Leichen der Getöteten sind zu Hunderten aufgeschichtet und werden mit großer Eile in Massengräber bestattet, um ansteckende Krankheiten zu vermeiden. Von allen Seiten treffen Arznei-, Nahrungsmittel und Kleidung in Santa Cruz ein, um der von der Katastrophe verschonten Bevölkerung und den Verwundeten zu helfen.

Der militärische Oberbefehlshaber von Santa Cruz berichtet von einer sensationellen Voraussage der Katastrophe, die ihm die Rettung von Hunderten von Menschen ermöglichte. Ein Fischer stürzte mitten in der Nacht in seine Wohnung mit den Worten: „Seht das Meer und den Himmel an und Ihr werdet wissen, daß ganz Santa Cruz überschwemmt werden wird.“ Der Befehlshaber hat hierauf sein Möglichstes getan, um die Bewohner zur Flucht zu veranlassen. Es gelang ihm, viele Menschen zu retten, bevor die Katastrophe hereinbrach.

Kleine Rundschau.

Großerer.

Trier, 14. November. (Eigene Drahtmeldung.) Der Hochwaldort Schwarzbach wurde am Sonntag von einem Brandglück heimgesucht. Vermutlich durch Kurzschluß entstand in einem aus fünf Anwesen bestehenden Häuserblock in den Abendstunden Feuer, das bald drei Wohnhäuser, sämtliche Wirtschaftsgebäude und Scheunen ersetzte. Um Mitternacht war der ganze Häuserblock niedergebrannt. Die obdachlosen Familien wurden von den Nachbarn aufgenommen. Ernteverluste und eine Menge landwirtschaftlicher Maschinen wurden vernichtet.

Die Lebensmittel, die vom Funkturm sprang . . .

Die Lebensmittel, die von der obersten Plattform des Berliner Funkturm in die Tiefe sprang und mit schweren Verletzungen in das Hildegard-Krankenhaus gebracht wurde, ist jetzt identifiziert worden. Das junge Mädchen äußerte, als sie für eine Zeitlang das Bewußtsein wiederlangte daß sie Charlotte Lehmann heise und 22 Jahre alt sei. Die weiteren Erkenntnisse der Kriminalpolizei ergaben, daß dieser Name richtig ist, und daß es sich um eine Posthalterin handelt, die in der Grannenstraße 2 in Reinickendorf bei ihrer Mutter wohnt. Das Motiv zu dem Verzweiflungsschritt ist bisher noch unbekannt. Die Ärzte haben wenig Hoffnung, die Schwerverletzte am Leben zu erhalten.

Australien gibt das "Emden"-Schild zurück.

Die Australische Regierung hat beschlossen, das Messing-Schild des Kreuzers "Emden" als Zeichen des guten Willens Deutschland zurückzugeben. Das Namensschild der "Emden" war nach der Zerstörung des Schiffes am 9. November 1914 bei der North-Keeling-Insel zusammen mit anderen Überresten des Schiffes nach Melbourne gebracht worden und im Parlament ausgestellt worden. Später wurde es in das neue Bundesparlamentsgebäude nach Canberra gebracht.

Völkerwanderungen im Tierreich.

In der Natur herrscht ewige Bewegung. Die Heuschrecken wandern dorthin, wo sie gute Nahrungs möglichkeiten finden, die Vögel ziehen von einer Zone in die andere, Riesenläuse springen auf ihren Wanderungen über die Wasserfälle des amerikanischen Festlandes, Tiere wandern um die halbe Welt.

Gewohnheit und Instinkt, aber auch Witterungseinflüsse, Nahrungsmangel oder Überschwemmungen rufen diese rätselhaften Wanderungen hervor. Der Präriewolf, der nahezu ausgerottet ist, war noch vor hundert Jahren ein in Amerika und Russland sehr häufiges Tier. Wo er noch vorkommt, läuft er allein oder zu zweien und verfolgt bei Nahrungsmangel seine Beute hunderte von Kilometern weit. Ein hungriger Wolf kann einem Jäger, der ein Stück Wild geschossen hat, tagelang nachsezten. Noch 1879 wurden in Texas Rudel wandernder Wölfe beobachtet, die Büffelherden viele hundert Kilometer weit auf den Fersen folgten. Auch Eichhörnchen wandern. Es ist bekannt, daß Nagetiere oft mit erstaunlicher Schnelligkeit irgendwo erscheinen und ebenso schnell wieder verschwinden. Auch Kaninchen und Ratten wandern ständig. In der Mark Brandenburg hatte es noch in der Mitte des vorigen Jahrhunderts keine Kaninchen gegeben. Einmal durch einen Jagdliebhaber eingeführt, haben sie sich derart vermehrt, daß man ihnen wegen ihrer Schädlichkeit — sie unterwühlten Eisenbahndämme — keine Schonzeit gewährt. Diese Tiere sind an gewisse Lebensbedingungen gebunden. Die größte Wanderung von Kaninchen wurde 1858 in Nordamerika beobachtet, wo sich unübersehbare Scharen in Bewegung setzten und auf treibendem Holz sogar den Trinityfluss überquerten. Auch die wilden Truthähne wandern, verfolgt von Kojoten. Gelegentlich wandern auch die Wachteln, besonders zahlreich im afrikanischen Busch. Bei dem abnehmenden Wildreichtum gehen auch die Wanderungen großer Tiere immer mehr zurück.

Das größte Schiff der Welt.

Mit dem am 29. Oktober auf der Werft in St. Nazaire von Stapel laufenden Riesendampfer, der heute noch die Baubezeichnung "T 6" führt, demnächst aber nach den jüngsten Nachrichten als "Benjamin Franklin" die Meere befahren wird, hat Frankreich sich für einige Zeit den Ruhm gesichert, daß seine Flagge auf dem größten je erbauten Schiff der Welt wehen wird. Der neue Dampfer soll rund 75 000 Tonnen verdrängen und damit noch den neuen Guinard-Riesen von 73 000 Tonnen in den Schatten stellen, jenen Riesen, der das Blaue Band des Ozeans für England zurückgewinnen bestimmt war. Diesen Triumph hoffen nur die Franzosen, nachdem der Bau des Engländer eingestellt werden mußte, mit ihrem neuen Schiff zu erringen. Ob es ihnen gelingen wird, bleibt abzuwarten. Die Jungfernreise des italienischen 40 000-Tonners "Rey", der Ende September mit dem gleichen ehrgeizigen Streben in See ging, aber auf der erwarteten Reise nach Newyork bereits in Gibraltar mit Maschinenschwierungen liegen blieb, mahnt zur Vorsicht. Erst 1934 wird sich zeigen, ob den Franzosen tatsächlich der große Erfolg gelungen ist, ein schnelleres Schiff als die "Europa" oder "Bremen" zu bauen. Daß der Neubau die deutschen Dampfer an Größe übertrifft, ist schließlich nicht so bedeutungsvoll, sondern nur eine Frage des Geldes. Auf das reisende Publikum macht erst die Schnelligkeit Eindruck, weshalb es auch in so ausgesprochener Weise die deutschen Schiffe bevorzugt. Interessant ist ferner, daß alle Dampfer über 50 000 Tonnen von deutschen Werften stammen, wenngleich die drei größten, auf Grund des Versailler Diktats Deutschland geräumten, heute unter fremder Flagge fahren.

Wirtschaftliche Rundschau.

Abschluß der Landwirtschaftlichen Woche in Polen.

Die letzte Woche stand in Polen im Zeichen der Landwirtschaft, die in zahlreichen Zusammenkünften, Konferenzen und Organisationssitzungen Stellung zu der augenblicklichen Wirtschaftslage nahm und ihre Forderungen für die kommenden neuen Wirtschaftspläne aufstellte. Den Abschluß der Landwirtschaftlichen Woche bildete die in Warschau am 18. d. M. stattgefundenen Konferenz, die von allen landwirtschaftlichen Spartenorganisationen durch ihre Delegierten vertreten war. Hier wurden die in ganz Polen zum Ausdruck gekommenen Forderungen zusammengefaßt und in einer Art Landwirtschaftsprogramm den Regierungsvertretern unterbreitet. An der Konferenz nahmen teil der Landwirtschaftsminister Ludwikiewicz, der ehemalige Minister Janta-Polezynski und die Vertreter der landwirtschaftlichen Organisationen.

In einer Rede unterstrich der ehemalige Minister Janta-Polezynski die Notwendigkeit einer Tarif- und Zolländerung. Er hob hervor, daß der Landwirtschaft die Möglichkeit geboten werden müsse, in diese Fragen entscheidend einzutreten. Die Landwirtschaft müsse Einfluß auf die Zollpolitik und die Tarifpolitik der Eigentümern gewinnen. Eine bedeutende Rede hielt der ehemalige Minister Bielomiejski, der augenblickliche Vorstand des Obersten Rates der landwirtschaftlichen Organisationen. Er betonte, daß die polnische Krise sowohl einen internationalen wie einen speziell polnischen Charakter trage. Er befürchtete sich eingehend mit den Bedingungen, die die Rentabilität der Landwirtschaft wieder herstellen könnten und betonte, daß als erste Voraussetzung eine liberale Wirtschaftspolitik in Fragen der Innennirtschaft zu gelten habe. Die Intervention des Staates müsse sich nur auf ganz wenige Fälle erstrecken. Es gehe vor allen Dingen darum, das wirtschaftliche Gleichgewicht innerhalb Polens herzustellen. Die Landwirtschaft sei durch den Preisverfall in Rückstand geraten. Sie sei aber einer der wichtigsten Wirtschaftsfaktoren, da sie in der Handelsbilanz die Warengruppen stelle, die eine aktive Handelspolitik ermöglichen.

Die Bedeutung der Landwirtschaftlichen Woche läge in der Kundgebung gegen den Wirtschafts-Automatismus. Die erste Forderung wäre eine Preispolitik, die den Wirtschaftsausgleich am Innemarkt herbeiführe. Es ginge vor allen Dingen darum, die allzu steifen und starren Kosten der Landwirtschaft möglichst den veränderten Verhältnissen anzupassen. Zu diesen Kosten gehören vor allen Dingen der Zinsendienst für die in einer wirtschaftlich besseren Zeit aufgenommenen Kredite, die Steuern und sozialen Lasten u. a. m. Bielomiejski befürchtete sich sodann eingehend mit den Fragen der Staats- und Kommunalsteuern und der sozialen Lasten, die er einer genauen Wirtschaftsanalyse unterzog. Einer Kritik unterzog er sodann die Kartell- und Monopolpolitik und berührte das Problem der Tariffestsetzung bei den Eisenbahnen. Er schloß mit der Forderung einer Bevorzugung der Rohstoffe und einer Reorientierung der Handelspolitik Polens.

Es gelang zum Schluß folgende Resolution zur Annahme:

Weitere Senkung des amtlichen Diskontfusses.

Zwangsläufige Konvertierung der kurz- und mittelfristigen Kredite der Landwirtschaft in langfristige Kredite.

Konvertierung der langfristigen Kredite in noch länger fristige Kredite bei gleichzeitiger Herabsetzung des Zinsfußes.

Herabsetzung der Preise für Industriefabrikate auf dasselbe Niveau, auf das die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse gesunken sind.

Einführung des gesetzlichen Zwanges zur Bevorzugung einesheimischer landwirtschaftlicher Rohstoffe bei der industriellen Produktion.

Einführung des gesetzlichen Zwanges für sämtliche Behörden, staatliche Institutionen und Staatsunternehmen, die von ihnen erteilten Aufträge in möglichst weitem Umfang unter Verwendung von Inlandsrohstoffen ausführen zu lassen.

Einführung eines Beimischungszwanges für Kartoffelspiritus zu Motor-Treibstoffen.

Die Frage der Tarifermäßigung bei der Eisenbahn

In der Reihe der Preisentschuldigungen, die teilweise bei einzelnen Monopolartikeln und zuletzt bei Zucker eingetragen und im Zusammenhang mit der Senkung der offiziellen Diskontrate wird eine Frage aktuell, die für das gesamte Wirtschaftsleben in Polen von grundlegender Bedeutung ist. Es geht um die Tarifentschuldigung bei den polnischen Eisenbahnen. Eine solche Senkung liegt im Interesse aller Produktionszweige. Mit einem entsprechenden Antrag sind jetzt die landwirtschaftlichen Organisationen hervorgetreten, die ihre Forderungen mit dem Rückgang der Preise für Agrarprodukte begründeten. Daß in diesem Falle ein Unterschied zwischen den Tarifarten, stets gleichbleibendem Tarifjähren und der stark fallenden Preisabhängigkeit für Agrarprodukte eintreten mußte, liegt klar auf der Hand. Die Rentabilität der Landwirtschaft erleidet nicht zuletzt von dieser Seite Verluste. Es haben sich hieraus Ungleichheiten ergeben, die in der Landwirtschaft bereits störend hervortreten. Besonders auffallend ist diese ungleichmäßige Belastung in letzter Zeit beim Transport der Zuckerrüben geworden. Da durch die Zuckerpriisermäßigung der Preis der Zuckerrüben beträchtlich herabgesetzt worden ist, müssen die unveränderten Tarifjähre der Eisenbahn hier eine unverhältnismäßig hohe Belastung der Produktion darstellen.

Es ist daher eine zeitgemäße Forderung, daß sich die Eisenbahn als wichtigstes und unumgängliches Verkehrs- und Transportunternehmen den Preisentschuldigungen der letzten Wochen anschließt. Sie kann dadurch den Forderungen der Produktion nach, die Zufuhr der Rohstoffe rentabler zu gestalten, wodurch die schwere Lage der meisten Produktionsstätten gemildert werden würde. Auf der anderen Seite kann eine Tarifentschuldigung der Eisenbahn einem Entgegenkommen der Verbraucherkreise gleich, wodurch die Preisentlastung für Waren eine reale Grundlage erhalten würde. Die Eisenbahn ist zwar in letzter Zeit insofern schon entgegengekommen, als sie bei der Ausfuhr von Getreide über den Hafen von Gdingen eine Tarifentschuldigung ins Leben rief. Ein solches Entgegenkommen ist wirtschaftlich aber zu einseitig und bevorzugt zudem bestimmte Orte. Ein Entgegenkommen muß sich der allgemein wirtschaftlichen Tendenz anpassen. Es ist jetzt der gegebene Augenblick, daß die Eisenbahn dieser wirtschaftlich berechtigten Forderung nachkommt.

Der Stand des polnischen Bankwesens.

Nach Daten des Bankeinkommisariats beim polnischen Finanzministerium stellen sich die wichtigsten Bilanzpositionen der in Polen tätigen 55 Banken und 5 größten Bankhäuser per 1. Oktober 1932 folgendermaßen dar (in Millionen Zloty):

Bilanzposition	Ende 1930	Ende 1931	31. III. 1932	30. VI. 1932	30. IX. 1932
Zahl der Banken	64	64	61	60	60
Aktiva:					
Kasse und Dispositionsfonds	96,3	74,7	49,1	34,7	38,6
Noten	29,1	14,6	13,3	14,0	18,4
Wertpapiere	110,9	97,9	93,0	89,9	92,1
Auslandsbanken					
1. loro	14,2	9,3	9,5	11,3	11,8
2. nostro	59,7	58,6	63,1	49,2	59,6
Wechselkont.	872,1	571,4	587,7	515,5	497,9
davon protestiert	20,5	43,6	52,2	56,9	60,9
Blankokredite					
1. gesichert	632,0	452,5	444,3	410,5	382,9
2. ungesichert	298,9	203,4	196,7	186,1	178,0
Terminkredite	57,2	56,9	55,8	55,7	55,7
Hypothekendarlehen	154,3	158,9	158,2	156,4	156,0
Immobilien	126,3	125,7	128,3	122,5	121,6
Passiva:					
Eigenkapital und Reserven	330,1	322,2	314,0	312,4	311,4
Einslagen					
1. befristet	462,4	268,8	254,1	232,8	231,0
2. a. vista	422,2	252,9	242,2	222,5	235,7
Kontoforrent	275,6	208,9	208,6	177,6	182,1
Reserve	314,5	287,5	243,9	249,7	217,5
Bombard	8,2	18,6	18,3	19,3	16,1
Auslandsbanken					
1. loro	88,4	58,9	59,2	50,8	46,2
2. nostro	849,9	221,3	220,0	198,3	177,1

Die Spargeldwirtschaft Polens.

Rechtlicher und organisatorischer Umbau notwendig.

Dr. Er. Die Meldungen über die Gründung des Verbandes der Verbände der Kommunalsparkassen und die Absicht, den Zinsfuß sowohl für Spareinlagen als auch für Sparkredite erneut einer Senkung zu unterwerfen, lenken die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die Spargeldwirtschaft Polens.

Nach den vom Statistischen Amt vorliegenden Zahlen nahm die Spargeldwirtschaft Polens seit der Wiedergeburt des polnischen Staates einen raschen Aufstieg. Seit dem Jahre 1926 wuchsen die in den Sparfassen angelegten Kapitalien in Polen beständig an, und zwar schneller, als in den anderen europäischen Staaten. Beijustiert man den Stand der ersparten Beträge im Jahre 1926 auf 100, so betragen die entsprechenden Indexziffern:

	1927	1928	1929
für Polen	190	302	372
" Frankreich	148	200	259
" Deutschland	151	218	282
" die Tschechoslowakei	108	119	139

Vom Jahre 1926 bis zum 30. 9. 1930 wuchsen die Spargelder bei der Postsparkasse (R.P.O.) von 24,6 Millionen Zloty auf 230,2 Millionen Zloty. In demselben Zeitabschnitt stiegen die Spargelder der Kommunalen-Sparfassen (R.K.D.) von 75,5 Millionen Zloty auf 466,1 Millionen Zloty und diejenigen der Kreditgenossenschaften von 69,5 auf 350 Millionen Zloty. Insgesamt vermehrten sich die Spareinlagen bei den genannten Instituten vom Jahre 1926 bis 1931 von 16,8 auf 1240 Millionen Zloty.

Trotz der aufsteigenden Tendenz der gesamten Sparguthaben zeigt der Vergleich mit dem Auslande eine relativ geringe Höhe der Sparkonten und der Spargelder in Polen pro Kopf der Bevölkerung. Auf 1000 Einwohner gerechnet, bestehen in Belgien 625 Sparbücher, in Dänemark 571, in Frankreich 480, in Holland 420, in Italien 340, in der Tschechoslowakei 320, in Polen dagegen nur 78. Desgleichen entfallen Sparguthaben pro Kopf der Bevölkerung in Dänemark 998 Zloty, in Holland 480 Zloty, in Frankreich 410 Zloty, in Italien 368 Zloty, in der Tschechoslowakei 325 Zloty, in Belgien 312 Zloty, in Polen ca. 40 Zloty.

Diese geringe Höhe sowohl der Sparbücher als auch des durchschnittlichen Standes der Guthaben pro Einheit der Bevölkerung findet, abgesehen von der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Stagnation, in der Einstellung des sparenden polnischen Publikums den Geld- und Bankinstituten gegenüber ihre Erklärung. Die Erhöhung des Vertrauens des Sparpublikums zum Zloty infolge des zweimaligen Währungsverfalls hatte trotz der Stabilisierung des Zloty im Jahre 1924 zur Folge, daß eine starke Flucht aus dem Zloty in die sogenannte „Sachwerte“ einsetzte, und die Sparer ihre Ersparnisse in fremder Valuta anlegten. Bis in die tiefste Zeit werden Spargelder in Devizes, in West- und Kleinstädten in amerikanischen Dollars, in Ostpolen in Goldröhren angelegt. Die Möglichkeit, ersparte Beträge in fremder Währung bei tschechischen Sparinstituten anzulegen, macht es erklärlich, daß die seit 1926 aufholende Spargeldwirtschaft Polens nur in beschränktem Umfang der wirtschaftlichen Bedeutung des Landes zugute kommt.

Über die Entwicklung der einzelnen Sparinstitute unterrichtet die nachstehende Schilderung.

An der Spitze der polnischen Sparkassen stehen die 263 „Kommunalen Sparfassen“, die bis Mitte 1930 50 Prozent der gesamten in öffentlichen Sparinstituten untergebrachten Spargelder bei sich konzentrierten. Die Spargelder erreichten im letzten Jahr die Höhe von ca. 800 Millionen Zloty. Für die Spareinlagen haftet die entsprechende Stadt- oder Landgemeinde, fernerhin erfreuen sich diese Sparinstitute einer besonderen finanziellen Unterstützung seitens der „Landeskreditanstalt“, welche die Sparkassen mit den nötigen Betriebskapitalien versorgt. Die Höhe der Verschuldung der

R.K.D. bei der Bank bezifferte sich am 30. 9. 1930 auf 27,8 Millionen Zloty. Unter den „Kommunalen Sparfassen“ nahmen eine hervorragende Stelle die Sparfasse in Posen und die Kommunalsparkasse im oberschlesischen Gebiet ein. Die Kommunalsparkasse in Posen, die im Jahre 1897 begründet wurde, ist die älteste Sparfasse Polens. Vom 31. 12. 1924 bis zum 1. 12. 1930 stiegen ihre Spareinlagen von 287 000 Zloty auf 27 Millionen Zloty. Die Summe der erzielten Kredite bezifferte sich Ende 1929 auf 22 Millionen Zloty. Eine ähnliche Tätigkeit entfalten die 18 Kommunalsparkassen im Oberschlesien, die Spareinnahmen entgegennehmen, und dem erwerbstätigen Mittelstand Kredite gewähren. In der Zeitperiode von 1925 bis Ende 1931 wuchsen die Einlagen dieser Sparfassen von 2½ Millionen Zloty auf 100 Millionen Zloty an. Die Bilanzsumme betrug 183,1 Millionen Zloty. Der Jahresumsatz für 1931 bezifferte sich auf 1 Milliarde Zloty.

Nach überwiegend Meinung von sachverständiger Seite ist zu einer erfolgreichen Weiterentwicklung der Kommunalsparkassen:

1. eine Änderung der zurzeit gültigen rechtlichen Basis und notwendig.
2. ein organisatorischer Umbau

Zur normalen Entwicklung der Kommunalsparkassen muß eine einheitliche rechtliche Basis für ganz Polen geschaffen werden. Die zurzeit gültigen Bestimmungen weichen in den verschiedenen früheren Teilstaaten wesentlich voneinander ab. Bei der Vereinheitlichung des Rechtszustandes müssen nach der Ansicht des Generaldirektors der Kommunalsparkasse in Warschau, Szwedzowski, zwei Projekte hauptsächlich berücksichtigt werden:

1. Einführung eines Bugehörigkeitszwanges zum Verband der Kommunalsparkassen und
2. Bildung eines Garantiefonds.

Die erste Maßnahme im Zusammenhang mit der Umwandlung der Verbände in juristische Personen würde eine ganze Reihe von finanziellen Transaktionen, die bisher diesen Verbänden verschlossen blieben, ermöglichen. Die Bildung eines Garantiefonds würde zur Abwendung unerwarteter eingetretener Verluste oder Schwierigkeiten der einzelnen Kommunalsparkassen dienen. Auch könnte im Falle eines Runs auf die R.K.D. der Garantiefonds in Aktion treten, was zur größeren Sicherheit der Einlagen beitragen würde.

Was den organisatorischen Umbau der Kommunalsparkassen betrifft, so strebt man zu einer Zentralisierung. Wie eingangs erwähnt, wurde der „Związek Powiatów R.K.D.“ (Verband der Verbände) gegründet. Man glaubt, hierdurch ein reibungsloses Arbeiten mit den Zentralbehörden, ferner ein Anknüpfen von Beziehungen mit den ausländischen Kommunalsparkassen zu ermöglichen.

Neben den Kommunalsparkassen, die, wie oben erwähnt, fast ausschließlich kurzfristige Kredite gewähren, besteht die Postsparkasse, die in der Hauptstadt langfristige Kredite erteilt. Auch die Postsparkasse weist eine aufsteigende Entwicklung ihrer Aktiv- und Passivgeschäfte auf. In dem Zeitraum von 1926 bis Mitte 1932 wuchsen die Spareinlagen von 24,6 auf 401,1 Millionen Zloty, die Anzahl der Sparer stieg in demselben Zeitabschnitt von 113 201 auf 807 087 Personen. Besonders wichtig ist die Tätigkeit der P.K.D. auf dem Gebiete der Popularisierung der Scheinfälsche und des bargeldlosen Verkehrs in Polen.

Schließlich sind es die Kreditgenossenschaften, die in der Spargeldwirtschaft Polens eine bedeutende Rolle spielen. Die ländlichen Kreditgenossenschaften, die sog. „kasy wiejskie“, werden finanziell von der Agrarbank gefördert. Auch die Kreditgenossenschaften gewähren in überwiegendem Umfang kurzfristige Kredite. Es ist klar, daß bei dieser Art der Einlagen und der Kreditgewährung die Wirtschaft wenig angekurbelt werden kann. Nur langfristige Kredite schaffen Arbeit auf lange Sicht.

Geldmarkt.

Der Wert für ein Gramm reinen Goldes wurde gemäß Verfügung im „Monitor Politi“ für den 15. November auf 5,9244 Zloty festgestellt.

Der Zinsfuß der Bank Polstti beträgt 6% der Lombardsatz 7%.

Der Zloty am 14. November. Danzig: Überweisung 57,64 bis 57,75, bar 57,67–57,79. Berlin: Überweisung, große Scheine 46,95–